EXTRABLATT

Lesen, wie es wirklich ist!

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2019

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Das Erfolgsmodell Schweiz 3

Interview mit alt Bundesrat Christoph Blocher

Masseneinwanderung 6 - 7

Arbeit muss sich wieder lohnen!

Kanton Obwalden 9 - 16

Alles Wissenswerte zu den Nationalratswahl

Für eine freie und sichere Schweiz

Unabhängigkeit, Wohlstand und persönliche Freiheit, aber auch Sicherheit müssen immer wieder neu erkämpft werden. Nur so können wir unsere schöne und einmalige Schweiz mit ihren Werten und Tugenden erhalten. Es ist naheliegend, dass viele am Wohlstand der Schweiz teilhaben wollen. Auch die zentralistische EU. Wer jedoch will, dass die Schweiz Schweiz bleibt, geht am 20. Oktober an die Urne und wählt SVP.

Die Konsequenzen der ungesteuerten Massen-Zuwanderung von einer Million mehr Menschen in den letzten 13 Jahren sind für unsere Bürgerinnen und Bürger täglich spürbar: Staus auf den Strassen, herumlungernde, betrunkene und gewalttätige Asylsuchende und jugendliche Migranten sowie verbaute Grünflächen, steigende Gesundheits- und Sozialhilfekosten. Respektlosigkeit und Gewaltandrohung gegenüber Polizisten, Lehrerinnen, Pflegefachfrauen, Sozialarbeiterinnen und jungen Frauen im Ausgang sind an der Tagesordnung. Verunsicherung wird aber auch ausgelöst durch die Sorge um den Arbeitsplatz, den Lohn und die Zukunft unserer Kinder.

Für eine sichere und freie Zukunft des Landes braucht es deshalb mehr SVP in Parlament und Bundesrat. Entsprechend wichtig sind die National- und Ständeratswahlen 2019. Mit dem Slogan «Frei und sicher» bringt die SVP ihr Programm auf den Punkt: die Stärkung der Identität der Willensnation Schweiz. Wir setzen uns für unsere Heimat ein. Wir halten Wort und versprechen der Schweiz keine Unterwerfung unter die EU. Nur die SVP setzt sich für die Steuerung der Zuwanderung ein sowie für die Stärkung des arbeitenden Mittelstands durch tiefe Steuern, Abgaben und Gebühren und weniger Vorschriften. Um dies zu erreichen, muss die SVP die mit Abstand stärkste Partei bleiben.

Monika Rüegger

in den Nationalrat

«Mit Leydäschaft und Vernunft für Obwaldä.»

Alles zu den Nationalratswahlen im

Kanton Obwalden Seite 9 - 16

Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren.

Gratis-Hotline:
0800 0 1291 0

Täglich von 09.00 bis 18.00 Uhr sind wir für Sie da.

Fragen per Mail:
wahlen@svp.ch

Kommentar

Sie entscheiden!

Albert Rösti
Präsident SVP Schweiz

Bereitet Ihnen der Ausverkauf des Erfolgsmodells Schweiz und unserer Heimat Sorge? Haben Sie genug von der grenzenlosen Einwanderung, von den vielen Asylanten, die in der Schweiz nur ein angenehmeres Leben suchen, oder von der ausufernden Kriminalität? Die Medien verschweigen, wie es wirklich ist. Wahr ist, dass die unkontrollierte Zuwanderung unsere Gesellschaft dramatisch verändert. Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen ist es bei all den fremdsprachigen Schülern schwierig, Lernziele zu erreichen.
Die SVP will das stoppen und die Zuwanderung beschränken. Alle anderen Parteien und Verbände inklusive Gewerkschaften werden einer EU-Teil-

Fortsetzung auf Seite 2

Kommentar

Fortsetzung von Seite 1

mitgliedschaft der Schweiz zustimmen und damit unsere Unabhängigkeit und Selbstbestimmung aufgeben – auch bei der Zuwanderung.
Oder haben Sie genug, weil die in Bern sowieso machen, was sie wollen? Sie können das alles ändern. Sie können am 20. Oktober 2019 mit Ihrer Stimme dazu beitragen, dass sich die Mehrheitsverhältnisse verschieben und Ihre Anliegen in ausländer- und europapolitischen Fragen endlich umgesetzt werden.
Der 20. Oktober 2019 ist eine Richtungswahl. Dann entscheiden wir Schweizerinnen und Schweizer über die Zukunft unseres Landes – und das nicht nur für die nächsten vier Jahre. Sie entscheiden! Wenn Sie ein klares Zeichen gegen die masslose Zuwanderung setzen wollen, wenn Sie keine stärkere Anbindung der Schweiz an die EU wollen, wenn Sie wollen, dass die Schweiz ein selbstbestimmtes, sicheres und freies Land bleibt, dann wählen Sie am 20. Oktober SVP.

Albert Rösti

Albert Rösti,
Präsident SVP Schweiz

Unsere Bundesräte zur Zukunft der Schweiz

Guy Parmelin

Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)

Ehemaliger Landwirt und Winzer

Ueli Maurer

Bundespräsident, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD)

Ehemaliger Geschäftsführer Zürcher Bauernverband

Was ist die wichtigste Herausforderung für die Schweiz in den nächsten Jahren?
Ueli Maurer: Wir hatten jetzt wirtschaftlich eine sehr gute Zeit. Da wird man etwas sorglos. Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da. Das Gleiche gilt für die Regulierung. Wenn es gut läuft, glaubt man, man könne den Unternehmen beliebig Vorschriften machen und Lasten aufbürden. Die grosse Herausforderung ist, dieser Versuchung zu widerstehen. Wenn wir mit unserem Geld verantwortungsvoll

> «Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da.»

umgehen und unseren Leuten und Unternehmen nicht ständig neue Vorschriften machen, dann kommt es gut!

Guy Parmelin: Die Schweiz muss wirtschaftlich konkurrenzfähig bleiben, damit der Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt. Dazu müssen sich die Unternehmen jeglicher Grösse und Ausprägung entfalten können. Das heisst möglichst wenig administrative Belastungen und möglichst viel unternehmerischer Freiraum. Das bedeutet aber auch, Sorge zu tragen zu einer guten Berufsbildung, um für die stetigen Veränderungen im Arbeitsmarkt gerüstet zu sein.

Sie kommen mit vielen Leuten in Kontakt, wo drückt der Schuh am meisten?
Ueli Maurer: Viele haben den Eindruck, dass sie langsam und schleichend ihre Heimat verlieren, dass sie im eigenen Land nicht mehr richtig zu Hause sind, dass in Frage gestellt wird, was ihnen wichtig ist. Und ich höre immer wieder: «Aber denen in Bern ist das egal.» Das sorgt für Frustration; man fühlt sich ignoriert oder sogar als «Rassist» in die Extremisten-Ecke gestellt. Wir müssen wieder offen über Probleme reden können, sonst steht die Glaubwürdigkeit der Politik auf dem Spiel.

Guy Parmelin: Viele Menschen beklagen sich, dass ihnen, trotz enormen Anstrengungen im Beruf nicht mehr im Portemonnaie bleibt. Das relativ schwache Produktivitätswachstum und zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge. Hier müssen wir

> «Zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge.»

ansetzen und bei unseren politischen Entscheiden vorab die Lebensqualität der Menschen im Auge behalten.

Frei
und
sicher.

SVP wählen!

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

www.svp.ch

Impressum:

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 3'059'604 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, Shutterstock, www.admin.ch, www.parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Freiheit und Sicherheit statt Gleichmacherei und Umverteilung

Von Thomas Aeschi, Nationalrat und Fraktionspräsident, Baar (ZG)

Wofür steht die Schweizerische Volkspartei? Für eine Schweiz in Sicherheit und Freiheit. Für eine selbstbestimmte, unabhängige und neutrale Schweiz mit einer gelebten direkten Demokratie und einem ausgeprägten Föderalismus. Für eine Schweiz, in welcher jeder Bürger eigenverantwortlich handelt und den Staat möglichst wenig beansprucht. Für eine Schweiz mit einem starken Mittelstand, der tagtäglich zur Arbeit fährt und seine Kinder selbst erzieht.

Doch was wollen die Sozialisten aller Parteien? Sie wollen einen noch grösseren und noch mächtigeren Staatsapparat, in dem die Beamten in Bern – es sind heute schon mehr als 35'000 – dem Bürger vorschreiben, wie er sein Leben zu gestalten hat. Und in dem Steuern, Abgaben und Gebühren immer noch weiter wachsen müssen, um für den immer noch grösseren Staatshaushalt aufzukommen. Sie wollen immer noch mehr Gleichmacherei und Umverteilung – dies auf Kosten des arbeitenden und steuerzahlenden Mittelstandes.

Das will die SVP nicht. Wir wollen, dass auch künftige Generationen in einer freien und selbstbestimmten Schweiz in Frieden und Wohlstand leben dürfen.

Bald noch weniger im Portemonnaie?

Hier erfahren Sie, wie der rot-grüne Raubzug auf Ihr Geld konkret aussieht:

Mehrkosten pro Haushalt und Jahr

Höhere Benzinpreise: ***Zusätzlich 12 Rappen pro Liter!***
Aufs Jahr hochgerechnet macht dieser Preisaufschlag für einen Familien- und Pendlerhaushalt bei 20'000 km im Jahr und einem Verbrauch von ca. 9 Liter/100 km rund Fr. 270.– aus. ***plus Fr. 270.–***

Zusätzliche CO_2-Abgaben für Heizöl: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, die Öko-Abgabe pro Tonne CO_2 auf Fr. 210.– oder von 25 Rappen ***auf 54 Rappen pro Liter Heizöl zu verdoppeln!***
Das ergibt für einen Haushalt in einer Mietwohnung von 100 m² und einem durchschnittlichen Verbrauch von 21 l/m²/Jahr einen Zuschlag von Fr. 1'134.–. ***plus Fr. 1'134.–***

Flugticketabgabe von 30 bis 120 Franken pro Flug:
Beispielflug nach London für eine vierköpfige Familie statt Fr. 400.– ***neu Fr. 600.– bis 800.–!*** ***plus Fr. 400.–***

Verbot von Ölheizungen: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, dass bestehende Bauten nur noch massiv weniger Emissionen ausstossen dürfen. Das lässt sich praktisch nur mit einem Verbot von Ölheizungen erreichen. Die auf die Mieter abgewälzten Umrüstungskosten betragen im Durchschnitt ***Fr. 1'128.–!*** ***plus Fr. 1'128.–***

«Das Erfolgsmodell der Schweiz heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung»

EU-Rahmenvertrag – Personenfreizügigkeit – Zukunft der Schweiz – Bedeutung der Nationalratswahlen – Greta Thunberg. EXTRABLATT sprach mit alt Bundesrat Christoph Blocher über die aktuellen Herausforderungen der Schweiz.

Warum geht es der Schweiz wirtschaftlich besser als anderen Ländern?
Weil die Schweiz einen Vorsprung an Freiheit, Sicherheit und Selbstverantwortung hat. Ihr Erfolgsmodell heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung. Darum ist die Schweiz nicht Mitglied der EU. Dieses Erfolgsmodell soll jetzt unterwandert oder sogar zerstört werden. Ich bin sehr besorgt!

Die Wirtschaft läuft und läuft, die Menschen haben Arbeit… und Sie sorgen sich um die Schweiz?
Menschen, Unternehmen und Länder ruinieren sich in guten Zeiten.

Die Schweiz exportiert doch viel ins Ausland. Muss sie da nicht globalisierter werden, sich der EU anpassen?
Swatch-Chef Nick Hayek sagt es am deutlichsten: Die Schweiz müsse sich sicher nicht den Rahmenbedingungen

der EU anpassen. Die EU solle sich denen der Schweiz annähern. Das stimmt: Wir haben objektiv die besseren Rahmenbedingungen.

Aber mit dem Rahmenvertrag müssten wir ja nicht der EU beitreten, sondern nur an die EU andocken.
Der Rahmenvertrag will, dass die EU für die Schweiz die Gesetze erlässt – auch gegen den Willen der Schweizer Bürger. Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen? Mit Ausnahme der SVP wollen dies alle anderen Parteien!

Und Wirtschaftsverbände, auch Manager, wollen den Vertrag unterzeichnen.
Ja, leider! Obwohl sie wissen, dass dieser Rahmenvertrag die Schweiz in die EU führt. Nein, wer einen solchen Vertrag unterzeichnen will, hat entweder den Vertrag nicht gelesen oder verfolgt rücksichtslos eigene Geld- und Machtinteressen auf Kosten unseres Landes und unserer Wohlfahrt.

Nicht nur die Wirtschaftsverbände, auch Universitäten und Studenten sind für einen Rahmenvertrag.
Ja, ja. Diese wollten uns schon 1992 in die EU treiben. Jugendliche Visionsfreude in Ehren, aber Erfahrung und Vernunft zeigen hier einen anderen Weg. Das Volk hat zum Glück schon 1992 Nein zum EU-Beitritt gesagt.

Aber der Bundesrat sagt, ohne einen Rahmenvertrag werden wir in der EU diskriminiert werden.
Das ist dummes Zeug. Damit droht man uns seit 30 Jahren. Die EU exportiert mehr in die Schweiz als die Schweiz in die EU. Einen derart guten Kunden diskriminiert keiner.

Sehen Sie das nicht alles zu schwarz?
Nein, mit diesem Unterwerfungsvertrag würde die EU nicht nur für die Schweiz die Gesetze machen. Im Streitfall würde auch der EU-Gerichtshof entscheiden. Wir Schweizer müssten uns zu fremdem Recht und zu fremden Richtern verpflichten. Wollen wir wirklich – auch gegen unseren Willen – dass beispielsweise unsere Verkehrspolitik durch die EU bestimmt wird? Soll die EU unsere Landwirtschaftspolitik bestimmen? Oder darüber, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? Soll die EU bestimmen, wie wir unsere Kantonalbanken organisieren? Oder unsere Steuern? Wie viele Milliarden sollen wir – auch gegen unseren Willen – an die EU zahlen?

> «Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen?»

Kann sich die Schweiz dem überhaupt entziehen?
Sicher. Wenn die Schweiz will und es klar zum Ausdruck bringt, ist das einfach! Die Schweiz hat schon viel härtere Zeiten überstanden, ohne sich aufzugeben.

Wie soll es mit der Schweiz ohne dieses Abkommen weitergehen?
Ganz einfach: Wie bisher den bewährten schweizerischen Weg gehen. Weltoffen sein – aber die Staatssäulen nicht preisgeben. Die schlechten Tage stehen bereits vor der Tür. Die Geschichte zeigt: Wir werden diese am besten überstehen, wenn wir uns treu bleiben!

Mit der Begrenzungsinitiative will die SVP die Personenfreizügigkeit beenden – die Gegner sagen, das schade der Wirtschaft.
Diese Initiative will endlich die exzessive Zuwanderung begrenzen. Die Zuwanderung soll eigenständig gesteuert werden, so wie es das Schweizer Volk und die Kantone beschlossen haben. Die rücksichtslose Classe politique hat

den Verfassungsauftrag jedoch machtbesoffen missachtet und sogar ins Gegenteil verkehrt. Die EU hat sich bisher geweigert, zu verhandeln. Das verlangt nun die Begrenzungsinitiative. Nur wenn die EU nicht Hand bietet, muss die Kündigung der Personenfreizügigkeit in Kauf genommen werden. Das schadet der Wirtschaft nicht. Die Berufsleute, die man in der Schweiz braucht, werden weiterhin kommen, das gilt auch für Grenzgänger. Da können wir von der Wirtschaft beruhigt sein!
Nicht mehr möglich sein soll dagegen all die missbräuchliche Zuwanderung, die zu Erwerbslosen und horrenden Sozialkosten führt. Schon heute hat die Schweiz dank der unbeschränkten Personenfreizügigkeit und der verantwortungslosen Asylpolitik – sogar bei guter Wirtschaftslage – eine höhere Arbeitslosenquote als Deutschland! Jetzt wackelt die gute Wirtschaftssituation. Müssen wir warten, bis die Schweiz in der Arbeitslosigkeit versinkt? Ich finde, nein, wir sollten endlich handeln.

Aber die Schweiz braucht doch Fachkräfte aus dem Ausland – wie soll dies ohne Personenfreizügigkeit geregelt werden?
Wenn man die Fachkräfte in der Schweiz nicht findet, dann können sie kommen. Kurzarbeiter sind für eine beschränkte Zeit zugelassen. Das hat die Schweiz von 1971 bis 2007 mit grossem Erfolg getan. Dann hat die EU der Schweiz die Personenfreizügigkeit aufs Auge gedrückt. Man versprach den Schweizern, dass nicht mehr als 8'000 bis 10'000 Einwanderer pro Jahr kämen. Es kamen jedoch netto über 65'000 pro Jahr, und die Sozialkosten explodierten. Das selbe «laisser faire – laisser aller» herrscht in der Asylpolitik. Die Bevölkerungszunahme der Schweiz seit 2007 beträgt eine Million mehr! Vom Dichtestress und der extensiven Bautätigkeit nicht zu reden!

Warum ist es so wichtig, dass die SVP die Wahlen gewinnt?
Wenn die SVP verliert, hat sie im Parlament weniger Sitze und damit wäre das Bollwerk gegen all den Unsinn, der in Bundesbern gegen unsere Freiheit und Sicherheit beschlossen wird, geschwächt. Dann werden in Bundesbern noch mehr Bürokratie, noch mehr Steuern, Abgaben und Gebühren und Verbote beschlossen. Das heisst: Den Menschen in der Schweiz wird es schlechter gehen – vor allem dem Mittelstand.

> «Soll die EU bestimmen, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat?»

Die Schwedin Greta Thunberg ist etwa im Alter Ihrer Enkel – was würden Sie der jungen Klimaaktivistin sagen, wenn Sie ihr begegneten?
«Guten Tag Frau Thunberg, schön, dass Sie sich für ein gutes Klima einsetzen. Sorgen wir für gute Luft, gesundes Wasser, gesunde Böden, aber ohne kopflose, sehr kostspielige, unverhältnismässige Massnahmen, die erst noch nichts nützen. Denn diese werden dazu führen, dass die Menschen sowohl Freiheit und Sicherheit verlieren und dabei verarmen!»

Christoph Blocher – kurz & bündig

Geboren: 11. Oktober 1940 in Zürich, aufgewachsen in Laufen am Rheinfall – **Heimatort:** Meilen/ZH und Schattenhalb/BE, Ehrenbürger von Lü im Val Müstair – **Wohnort:** Herrliberg/ZH, verheiratet, 4 Kinder, 12 Enkelkinder – **Ausbildung:** 2 Jahre landwirtschaftliche Lehre in Ossingen/ZH, Jus-Studium in Zürich, Montpellier und Paris, Promotion zum Doktor beider Rechte – **Berufliche Karriere:** Eintritt in die Rechtsabteilung der EMS-Chemie nach Abschluss des Studiums, Direktionsvorsitzender der EMS-Chemie AG (ehemals Emser Werke), Übernahme der Aktienmehrheit der EMS-Chemie Holding AG, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der EMS-Chemie Holding AG, Medienunternehmer – **Militärische Laufbahn:** Oberst, ehemaliger Kdt Ls Rgt 41 – **Politischer Werdegang:** Mitbegründer des «Studentenrings» an der Universität Zürich, Mitglied des Gemeinderates Meilen, Kantonsrat, Präsident der SVP des Kantons Zürich, Nationalrat, Präsident der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), Bundesrat und Vorsteher des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes, Präsident des Komitees gegen den schleichenden EU-Beitritt, 2018 Rücktritt von allen politischen Mandaten

Stoppt die EU-Trickser im Bundeshaus

Von Nationalrat und Ständeratskandidat Roger Köppel, Chefredaktor und Herausgeber der Weltwoche

Im Mikado-Spiel hat verloren, wer seine Stäbe als Erster bewegt. Im Kampf um den EU-Anbindungsvertrag hat offenbar verloren, wer sich vor den eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober festlegt. Das Thema wird von jenen Parteien, die das EU-Diktat wollen, grossräumig umgangen.

Sie alle wollen am liebsten überhaupt nicht davon reden. Doch sie stecken alle unter einer Decke: Economiesuisse, Arbeitgeberverband, FDP, CVP, Grünliberale, Grüne und SP. Selbst die Gewerkschaften werden – geködert mit einigen Zugeständnissen zum Schaden des freien Arbeitsmarktes – Ende Jahr ins befürwortende Lager wechseln.

Erfolgsmodell Schweiz gefährdet

Die Schweiz ist ein ursprünglich mausarmes Land. Nur dank ihrer Staatssäulen wurde der einzigartige Erfolg im Hinblick auf Wohlstand, Frieden und sozialen Ausgleich möglich. Die Säulen dieses Erfolgs heissen direkte Demokratie, Föderalismus und bewaffnete Neutralität. All dies wäre durch den Anbindungsvertrag mit der EU gefährdet. Die EU könnte bei der Personenfreizügigkeit, den Landwirtschafts- und Industrienormen, bei der Energieversorgung, ja selbst bei den Nord-Süd-Verkehrsachsen ihre Regeln durchsetzen.

Volksentscheide ade

Die Bürger als Chefs wären zur Seite geschoben. An ihre Stelle treten das EU-Recht und das EU-Gericht. Man wird uns vorgaukeln, wir dürften ja immer noch abstimmen, müssten einfach die «Ausgleichsmassnahmen» von Brüssel in Kauf nehmen. Das ist so zynisch, wie wenn den Autofahrern gesagt würde: «Ihr seid völlig frei, mit 180 Kilometern pro Stunde durch eine 30er-Zone zu rasen. Ihr müsst einfach die Ausgleichsmassnahmen von sofortigem, ewigem Ausweisentzug, Gefängnisstrafe und fünfstelliger Busse tragen.»

> «Die EU-Anbindungskoalition scheut das Tageslicht.»

Über all das müsste man eigentlich vor den Wahlen reden. Doch die EU-Anbindungskoalition scheut das Tageslicht. Sie wollen das Volk und die Kantone nach dem 20. Oktober überrumpeln. Lassen Sie sich dieses Täuschen und Tricksen nicht gefallen! Wählen Sie nur Volksvertreter, die zu unseren bewährten Staatssäulen stehen!

Wie ein Match Schweiz-Deutschland, bei dem Deutschland die Regeln macht

Von Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer

Was der EU als sogenanntes Rahmenabkommen mit der Schweiz vorschwebt, ist nichts anderes als ein Unterwerfungsvertrag – zum einseitigen Nutzen der EU. Kein anderer Staat dieser Welt würde so etwas eingehen.

Seit 700 Jahren kennt die Schweiz bilaterale Verträge. Das etwas hochtrabende Wort «bilateral» heisst ganz einfach: «zweiseitig», «zwei Seiten betreffend». Es handelt sich dabei um Abkommen mit allen Ländern, abgeschlossen zum gegenseitigen Nutzen beider Partner – auf Augenhöhe, zwischen zwei Gleichberechtigten. Das ist das Selbstverständlichste der Welt. Allein mit der EU kennt die Schweiz über 150 bilaterale Verträge.

Doch im Jahr 2008 teilte die EU der Schweiz erstmals unmissverständlich mit, dass sie diese Art von bilateralen Verträgen nicht mehr will. Brüssel verlangt statt der Rechtsentwicklung zwischen Gleichberechtigten neu einen «Rahmen» für alle bisherigen und sämtliche künftigen Abkommen, wonach die Schweiz die von der EU vorgegebenen Änderungen übernehmen muss. Das Resultat entsprechender mehrjähriger Verhandlungen ist das jetzt vorliegende institutionelle Abkommen.

> «Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges.»

EU-Abkommen entmachtet die Schweizer Bürgerinnen und Bürger

Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges. Volk, Kantone und Parlament hätten in den wichtigsten Fragen unseres Landes nichts mehr zu sagen. Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger wären als oberste Gesetzgeber in zentralen Teilen unserer Wirtschafts-, Sozial- und Aussenpolitik entmachtet. Wir müssten automatisch fremdes Recht übernehmen, fremde Richter akzeptieren, und bei missliebigen Abstimmungen dürfte uns die EU ganz legal bestrafen.

Es wäre wie ein Fussballspiel zwischen der Schweiz und Deutschland, bei dem die Deutschen die Regeln machen, diese während des Spiels einseitig ändern, den Schiedsrichter stellen und unsere Mannschaft erst noch ganz legal ins Schienbein treten dürften. Ich kenne unter den 194 Staaten dieser Welt keinen einzigen, der sich durch einen ähnlichen «monolateralen» Unterwerfungsvertrag derart auf Gedeih und Verderben an ein anderes Staatsgebilde gebunden hat.

Jetzt für die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Schweiz einstehen.

Der Kampf gegen das sogenannte **EU-Rahmenabkommen**, den geplanten **Unterwerfungsvertrag,** führt das überparteiliche Komitee «EU NO». Das Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt besteht aus zahlreichen namhaften Persönlichkeiten aus der ganzen Schweiz. Präsidiert wird das Komitee von Nationalrat und Weltwoche-Herausgeber Roger Köppel. Werden auch Sie noch heute Mitglied auf **www.eu-no.ch** oder füllen Sie den **Beitrittstalon auf Seite 8** aus.

Werden Sie Mitglied im überparteilichen Komitee «EU NO»!

Der EU-Rahmenvertrag – Ein aufgezwungenes Korsett

Von Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin

Das vom Bundesrat mit der EU ausgehandelte Rahmenabkommen sei angeblich für die Schweiz massgeschneidert, sagen die, die es ausgehandelt haben. Das Gegenteil ist der Fall: Dieser Vertrag würde uns in jeder Hinsicht die Luft abschnüren.

Das vom Bundesrat präsentierte institutionelle Abkommen mit der EU (InstA) passt uns nicht. Es ist gar nicht «massgeschneidert». Diese EU-Schneider haben kein einziges Mal Mass genommen an uns Schweizern … Der Vertrag ist vielmehr ein Korsett, das uns übergestülpt und aufgezwungen wird! Es zwängt uns in europäische Regelungen, welche nicht zu unserem Alltag, unserem Leben oder unseren Werten passen. Wir verpflichten uns, EU-Recht zu übernehmen; wenn wir anders abstimmen, werden wir bestraft. Fremde Richter am Europäischen Gerichtshof entscheiden. Das Schiedsgericht hat nichts zu sagen.

> «Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet.»

Noch einfacher einwandern

Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet, Aufenthaltsrecht und Familiennachzug werden noch stärker vereinfacht. Die Masseneinwanderung wird zunehmen und die Wohnungsknappheit, steigende Mieten, überfüllte Strassen und Züge auch. Unsere Sozialwerke werden zu höheren Lohnabzügen und niedrigeren Leistungen gezwungen. Die langjährige Sozialpartnerschaft wird ersetzt.

Milliarden bezahlen

Mit dem europäischen Verbot staatlicher Beihilfen dürfen sich Kantone und Gemeinden nicht mehr wirtschaftlich engagieren ohne Genehmigung der EU. Das trifft die kantonalen Steuersysteme: Anreize für Ansiedlungen, Wirtschaftshilfen, Steuervergünstigungen und regionalpolitische Unterstützungen in den Kantonen sind dann nicht mehr möglich. Eine europäische Mehrwertsteuer von über 15% verteuert unsere Einkäufe. Bewährte Institutionen der Schweiz sind nicht mehr zugelassen: Wasserkraftwerke, Stromnetzanbieter, kantonale Gebäudeversicherungen, SUVA, Kantonalbanken, Spitäler, aber auch in Sport, Kultur und Freizeit! Sogar unser erfolgreiches Ausbildungssystem wäre nicht mehr möglich. Und das «Beste» zum Schluss: Für all das müssten wir auch noch Milliarden an Franken zahlen! An heutige und zukünftige EU-Programme und natürlich die Kohäsionsmilliarden!

Stimmrecht aufgeben

Nein! Dieses Korsett lassen wir uns nicht überstülpen! Der Rahmenvertrag stellt den Erfolg und die Selbstbestimmung der Schweiz auf den Kopf. Er nimmt dem Bürger die Stimmrechte weg. Das wollen wir nicht! Der Bundesrat muss den Vertrag entschieden zurückweisen!

Institutionelles Abkommen – Lesen Sie, was die EU wirklich will

Dieses Abkommen, auch EU-Rahmenvertrag genannt, ist auf dem Tisch. Alle – ausser der SVP – wollen es. Aber niemand – ausser der SVP – möchte vor den Nationalratswahlen am 20. Oktober darüber reden.
Verständlich! Denn, wer den Rahmenvertrag im Wortlaut liest, merkt schnell: Der sogenannte
Rahmenvertrag ist ein Unterwerfungsvertrag,
der das Ende der direkten Demokratie sowie der Unabhängigkeit, der Freiheit und Selbstständigkeit der Schweiz bedeutet. CVP, BDP, FDP, Grüne, Grünliberale und SP sind bereit, unser Land zu verkaufen.

Lesen Sie selbst auf: www.eu-no.ch

(Klicken Sie in der Menüliste der Internetseite www.eu-no.ch auf «Kommentiertes Insta»)

Mehr Geld für die AHV statt fürs Ausland

Von Nationalrat Marcel Dettling, Landwirt

Der Bund gibt immer mehr für das Ausland aus. Das will die SVP ändern und für die Schweizer die AHV-Renten sichern. Von den jährlich gegen 5 Milliarden Franken, die allein der Bund für die Asyl- und die Entwicklungshilfe ausgibt, soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenfalls ist die Kohäsionsmilliarde in die AHV statt an die EU zu zahlen.

Die Nettozuwanderung ist 2018 mit über 50'000 Personen – das ist einmal die Stadt Biel – immer noch sechsmal höher als der Bundesrat der Bevölkerung bei der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit weismachen wollte. Der vom Volk verlangte Inländervorrang wurde von einer SP-FDP-Allianz in einen Ausländervorrang verkehrt. Dabei ist die Erwerbslosigkeit in der Schweiz mit 4,8 Prozent höher als in Deutschland.
Die Zuwanderung kostet die Schweiz Unsummen an Sozialbeiträgen, Integrationskosten und für den Ausbau der Infrastruktur. Gleichzeitig zahlt der Bund jährlich die riesige Summe von gegen 5 Milliarden Franken für das Asylwesen und die Entwicklungshilfe. Das ist mehr, als die Schweiz für die eigene Sicherheit ausgibt, und sogar fast zweimal das, was die Schweizer Landwirtschaft kostet. Dazu kommt noch die geplante Kohäsionsmilliarde für die EU. Die Schweiz leistet immer mehr für das Ausland und für die Versorgung von Sozialmigranten aus aller Welt.
Das ist inakzeptabel, und Gegenmassnahmen sind zwingend. Die Begrenzungsinitiative der SVP sorgt dafür, dass die Schweiz die Zuwanderung endlich entsprechend dem Volkswillen selber steuern kann. Es braucht aber auch neue Prioritäten bei der Verwendung der Bundesgelder. Von der Entwicklungs- und Asylhilfe soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenso sollen die 1,3 Milliarden Franken nicht an die EU bezahlt werden. Vielmehr soll das Geld den Menschen in der Schweiz zugutekommen – zur Sicherung der AHV-Renten des hart arbeitenden Mittelstandes.

Arbeit muss sich wieder lohnen

Von Nationalrätin Sandra Sollberger, Malermeisterin

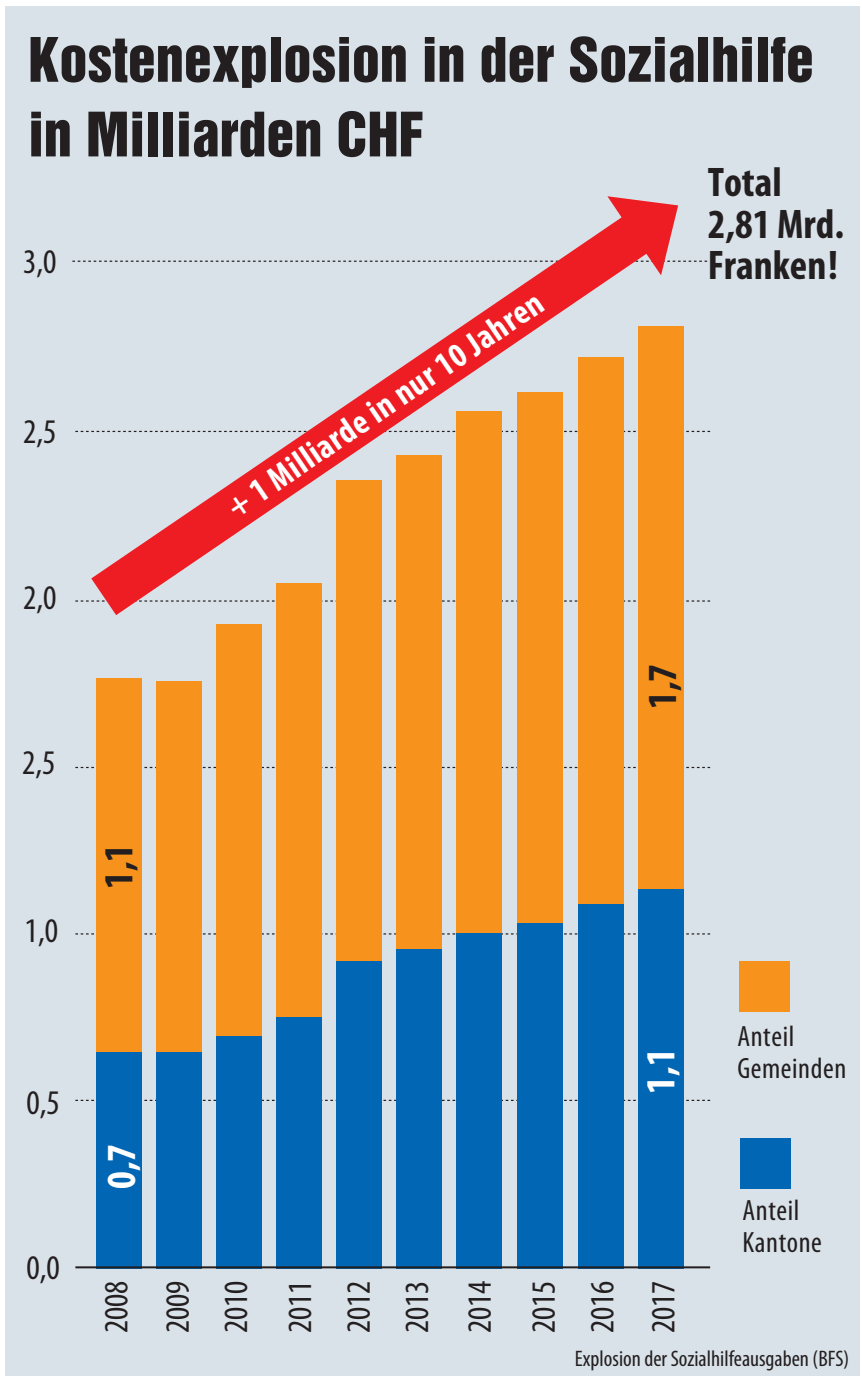
Einst als Überbrückungshilfe in Notlagen gedacht, ist die Sozialhilfe heute für bestimmte Bevölkerungsgruppen, etwa für Personen aus dem Asylbereich, längst zum bedingungslosen Grundeinkommen geworden. Eine fatale Fehlentwicklung, die Arbeit unattraktiv macht und die die Schweizer Steuerzahler Milliarden kostet.

Wenn die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) verkündet, Kürzungen in der Sozialhilfe seien unmöglich und unmenschlich, dann ist das reine Sozialarbeiter-Propaganda. Gemäss SKOS-Richtlinien erhält ein Einpersonenhaushalt einen monatlichen Bargeld-Grundbedarf von 986 Franken, ein Vier-Personen-Haushalt erhält 2'110 Franken. Wie die Betroffenen dieses Geld ausgeben, steht ihnen frei.

Denn anders als die SKOS dies suggeriert, ist der Grundbedarf bei Weitem nicht alles, was Sozialhilfebezüger bekommen. So kommt beispielsweise eine vierköpfige Familie mit Miete, Krankenkassenprämien (KVG) und sogenannten situationsbedingten Leistungen (zum Beispiel Zahnarzt, Dentalhygiene, Kinderkrippe, Schulmaterial, ÖV-Abos etc.) auf Leistungen von monatlich über 5'000 Franken. Dies notabene steuerfrei.

Wer den Unterhalt seiner Familie mit bezahlter Arbeit bestreiten will, der muss deutlich mehr verdienen, als er von der Sozialhilfe als steuerfreie Nettoleistung bekommt. Denn sonst lohnt sich Arbeit nicht. Es ist allerdings illusorisch, zu glauben, dass jemand mit ungenügender Ausbildung und ohne Arbeitserfahrung monatlich mehr als 6'000 Franken verdient.

Deshalb braucht es nicht mehr Geld für die Sozialhilfe, sondern mehr Anreize, zu arbeiten. Die Fleissigen und Motivierten sollen belohnt werden. Die Integrationsunwilligen und die Faulen hingegen sollen nur noch ein Minimum an Unterstützung erhalten. Öffentliche Sozialhilfe ist verbunden mit einer generellen Arbeitspflicht.



Kämpfen Sie mit uns für mehr Sicherheit

Von Nationalrat Walter Wobmann, Präsident Egerkinger Komitee

Die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» erhöht die Sicherheit. Sie setzt Saubannerzügen vermummter Vandalen und Chaoten, wie sie an Sportanlässen, Demonstrationen oder im Gefolge der 1.-Mai-Umzüge regelmässig vorkommen, endlich ein Ende.

Zudem schützt ein Verhüllungsverbot die in der Schweiz verbrieften Freiheitsrechte der Frauen. Dass Frauen ebenso wie Männer in der Öffentlichkeit ihr Angesicht jederzeit zeigen, ist auch ein Gebot elementarer Gleichberechtigung. Die Schweiz ist der Tradition der Freiheit verpflichtet. Freie Menschen – Frauen und Männer – blicken einander ins Gesicht, wenn sie miteinander sprechen. Niemand darf gezwungen werden, sein Gesicht zu verhüllen. Die Initiative wird im nächsten Jahr zur Abstimmung kommen. Wir zählen auf Ihre Unterstützung.

Frei und sicher.

www.svp.ch

SVP wählen!

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Was will die Begrenzungs-Initiative der SVP?

Die Begrenzungsinitiative will eine massvolle und eigenständige Steuerung der Zuwanderung. Sie kommt voraussichtlich im Mai 2020 zur Abstimmung. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 sind netto 1,1 Millionen Menschen in die Schweiz eingewandert. Und noch immer kommen jährlich 60'000 bis 80'000 Zuwanderer hinzu.

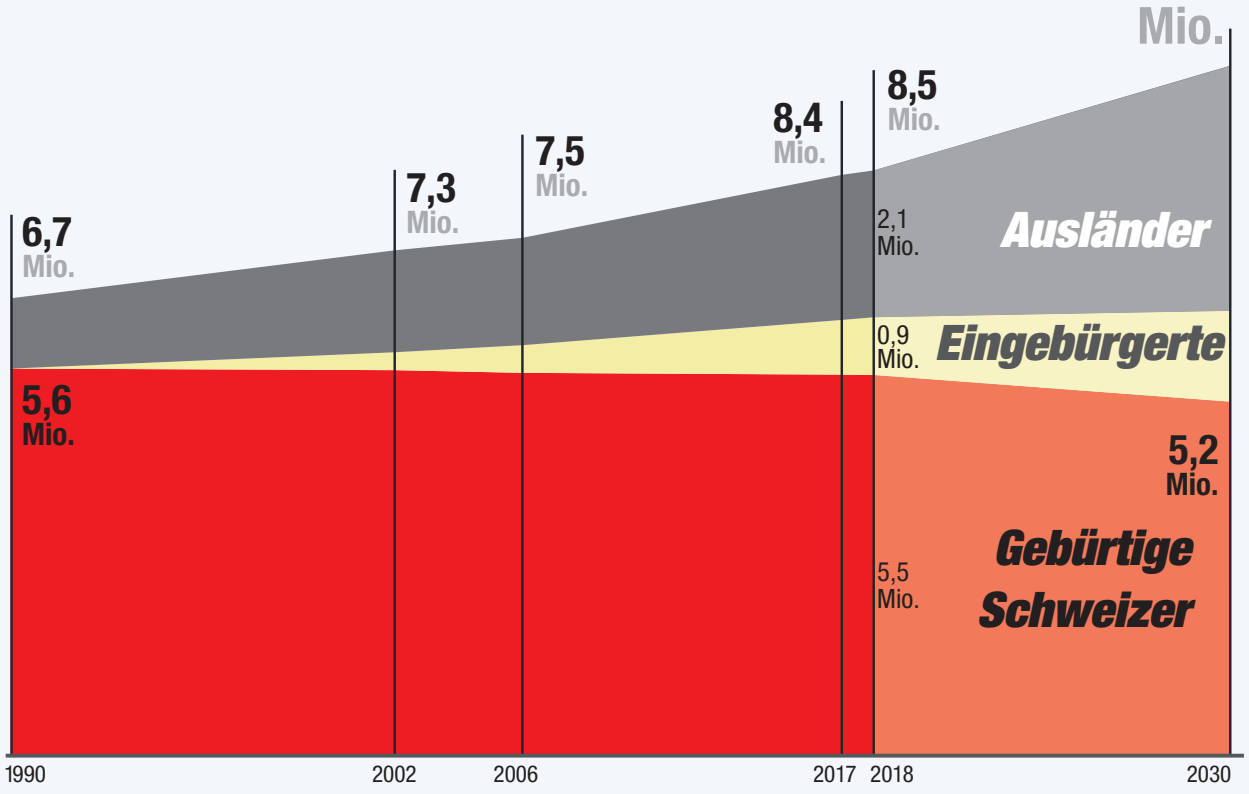
Dies mit weitreichenden Folgen für unser Land. Die Befürworter der Personenfreizügigkeit behaupten, diese sei zentral für die Wirtschaft. Das stimmt nur dann, wenn man die Wirtschaft isoliert betrachtet und die übrigen Kosten ausser Acht lässt – beispielsweise für die Sozialwerke, die Bildung, das Gesundheitswesen oder die Sicherheit. Und wenn man zudem darüber hinwegsieht, dass die Personenfreizügigkeit vor allem über 50-jährige Arbeitnehmer massiv unter Druck setzt, weil sie leicht durch jüngere und billigere Ausländer ersetzt werden können. Ein Problem, das der Bundesrat mit einem neuen Sozialwerk «Überbrückungsrente» lösen will.

Das Bedürfnis der Wirtschaft nach qualifizierten Arbeitskräften kann auch einseitig, aber kontrolliert von der Schweiz erfüllt werden. D.h. ohne Freizügigkeitsabkommen, aber entsprechend unserer Verfassung unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Situation und mit einem Inländervorrang, der die älteren Arbeitnehmer wirksam schützt.

Die Haltung der SVP ist klar: Diese gravierenden und teuren Folgen der Zuwanderung kann die Schweiz nur mit der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung in den Griff bekommen. Dies ist heute wegen der Personenfreizügigkeit jedoch nicht möglich: Denn mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU haben 500 Millionen EU-Bürger einen Rechtsanspruch auf Zuwanderung in die Schweiz.

www.begrenzungsinitiative.ch

Schon bald 10-Millionen-Schweiz?



Immer mehr Einwanderung sorgt für Bevölkerungsexplosion.
Quelle: BFS, Entwicklung ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz plus eigene Hochrechnung. Einbürgerungen pro Jahr ab 1990 kumuliert.

Meinung

Die Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz?

Christoffel Brändli über Zuwanderung und Umweltpolitik

In den letzten dreizehn Jahren hat die Bevölkerung der Schweiz durch die Zuwanderung um mehr als 1 Million Einwohner zugenommen. Mit Ausnahme der SVP wollen alle anderen Parteien weiterhin eine von der EU bestimmte Zuwanderung und gehen von einem Wachstum unserer Bevölkerung auf 10 Millionen aus.

Offenbar will man aus kurzfristigen Geschäftsinteressen diese Entwicklung und blendet deren Auswirkungen «grosszügig» aus. In der Tat laufen wir Gefahr, die Qualitäten unseres Wohlfahrtsstaates aufzugeben. Warum?

Das Bevölkerungswachstum sowie die wachsenden Bedürfnisse bedingen die Bereitstellung von 20-30% mehr Wohnraum. Das bedeutet entsprechenden Landverschleiss oder bei konzentrierter Bauweise die Entwicklung von Slums in unseren Agglomerationen. Bereits heute nehmen wir diese Entwicklung wahr ohne darauf zu reagieren. Haben Sie einmal überlegt, was es beispielsweise für die Stadt Chur bedeuten würde, 30% mehr Wohnungen zur Verfügung stellen zu müssen? Wo sind die Grünliberalen, die sich kürzlich noch für die Schonung unserer Kulturlandschaft stark machten?

Dabei ist nicht nur der Wohnraum das Problem. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen belasten unsere bereits heute überforderten Verkehrsinfrastrukturen zusätzlich. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen bedeuten mindestens 500'000 zusätzliche Autos oder einen nicht finanzierbaren Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Unsere Sozialeinrichtungen (AHV, Fürsorge, Krankenversicherung und andere mehr) werden noch unfinanzierbarer. Allein für die Finanzierung der zusätzlichen AHV-Renten müssten wir in Zukunft zwei bis drei Millionen neue Arbeitsplätze schaffen. Ein Ding der Unmöglichkeit im sich abzeichnenden Digitalzeitalter! Eine 10-Millionen-Schweiz wird aber auch viel mehr Energie konsumieren. Woher diese beschafft werden soll, steht heute in den Sternen.

Auch unsere Gesellschaft ändert sich dramatisch. Eine Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen wird es aufgrund der heterogenen Zusammensetzung der Schüler immer schwieriger Lernziele zu erreichen. Statt eine Einheit der Bevölkerung zu bilden, verzetteln wir uns immer mehr in verschiedene Volksgruppen, die wohl hier leben, aber kaum mehr etwas miteinander zu tun haben.

Wie reagiert die Politik auf diese Entwicklungen? Man gründet eine Klimaallianz (was das auch immer heissen mag) und versucht von sich abzeichnenden Problemen mit der masslosen Zuwanderung abzulenken. Die Grossindustrie verdankt ihr diese Haltung, weil sie kurzfristig dank der Zuwanderung mehr Gewinne einheimsen kann.

Es ist an der Zeit, dass das Schweizer Volk aufwacht und seine Zukunft selbst in die Hand nimmt. Es ist fünf vor zwölf – das Rahmenabkommen mit der EU, mit dem wir uns der EU definitiv unterwerfen, steht kurz vor der Umsetzung. Damit hätte das Masslose Ihr Ziel erreicht: die endgültige Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz, das auf Selbstbestimmung, Bescheidenheit und Freiheit aufbaut.

Christoffel Brändli ist alt Regierungsrat und alt Ständerat. Er wohnt in Landquart (GR).

Der Umwelt zuliebe – Zuwanderung begrenzen

Das Resultat der ungesteuerten Massen-Zuwanderung: In den letzten 13 Jahren wanderte eine Million Menschen in die Schweiz ein. Ein Bevölkerungszuwachs, der unserer Umwelt, unserem Klima direkt schadet. Denn die Konsequenzen für unser Land durch diese masslose Zuwanderung sind gravierend: In den letzten 13 Jahren wurden Grünflächen im Umfang von 57'000 Fussballfeldern bebaut. Das sind 407 Millionen Quadratmeter Natur, die zubetoniert wurden. Dies unter anderem für 454'000 neue Wohnungen. Eine Million Zuwanderer bedeutet aber auch 543'000 Autos und 789 Busse mehr auf den Strassen sowie 9 Milliarden zusätzlich zurückgelegte Kilometer. Mit einer Million Zuwanderer verbraucht die Schweiz mindestens 2 Milliarden Kilowattstunden mehr Strom pro Jahr. Dies entspricht der Leistung von über 500 Gross-Windanlagen. Und schliesslich verbraucht eine Million Zuwanderer jährlich 59 Milliarden Liter Wasser.

Schweiz nicht weiter zubetonieren!

Fragen

– zu den Wahlunterlagen?
– zu den Wahlen?

Kostenlose kompetente Auskunft!

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren. Wie wählt man richtig? Wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Sonntag von 09.00 bis 18.00 Uhr für Sie da.

Gratis-Wahlhotline:
0800 0 1291 0
Mail:
wahlen@svp.ch

In einer dunklen Kammer…

…kurz nach 21.00 Uhr trifft sich die Speerspitze der wählerstärksten Partei der Schweiz. Die wohl verrückteste Zeit im politischen Leben nimmt damit wieder ihren Anfang … Schauen Sie «Wahlkampf – Der Film» auf:

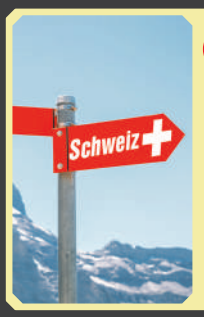
www.wahlkampfderfilm.ch

Grosses Wahl-Quiz
Mitmachen und gewinnen!

www.svp.ch/wettbewerb

1 Was bedeutet das geplante EU-Rahmenabkommen für die Schweiz?

- ☐ Einverleibung der EU in die Schweiz = FA
- ☐ Unterwerfung der Schweiz durch die EU = SV



2 Wie viele Einwanderer sind seit 2007 netto in die Schweiz gekommen?

- ☐ rund 100'000 = KE
- ☐ rund 1'000'000 = PW

3 Wen können Sie gratis anrufen, wenn Sie Fragen zum Ausfüllen Ihrer Wahlunterlagen haben?

- ☐ Mike Shiva = NE
- ☐ SVP-Gratis-Wahlhotline = AE

4 Wie lautet der Wahlspruch der SVP für die eidgenössischen Wahlen am 20. Oktober?

- ☐ «Freibier auf sicher» = W
- ☐ «Frei und sicher» = H

5 Auf wie viel Prozent würde die MwSt. in der Schweiz (aktuell 7,7 %) bei einem EU-Beitritt steigen?

- ☐ Auf mindestens 10 % = S
- ☐ Auf mindestens 15 % = LE

6 Wer hat's gesagt? «Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die ‚Fortsetzung' des bilateralen Weges?»

- ☐ Thomas Matter, SVP-Nationalrat = N
- ☐ Christa Markwalder, FDP-Nationalrätin = !

Machen Sie beim Wettbewerb online mit: www.svp.ch/wettbewerb

Die richtige Lösung lautet:

__ __ __ __ __ __
❶ ❷ ❸ ❹ ❺ ❻

Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, schreiben Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen auf und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 20. Oktober 2019

1. – 5. Preis: Persönliche Einladung von alt Bundesrat Christoph Blocher zu sich nach Hause. Er führt Sie und eine Begleitperson Ihrer Wahl exklusiv durch seine private Bildersammlung der Künstler Anker und Hodler.

Die Gewinner werden Ende Oktober 2019 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Frei und sicher. So soll unsere Schweiz bleiben. Ich helfe mit!

- ☐ Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk / Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
- ☐ Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die untenstehende E-Mail-Adresse.
- ☐ Bitte senden Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- ☐ Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** zur Verfügung zu stellen.

  Bitte schicken Sie mir:

  ____ A0-Allwetter-Plakate (fest) (A0 = 84,1 cm × 118,9 cm)

  ____ A2-Papier-Plakate (A2 = 42 cm × 59,4 cm)
- ☐ Ich unterstütze die **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):
  - ☐ Ich spende _____ Franken auf das **PC 30-8828-5** der SVP Schweiz.
  - ☐ Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- ☐ Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.
- ☐ Ich möchte Mitglied des überparteilichen Komitees «Nein zum schleichenden EU-Beitritt» werden (Artikel dazu auf Seite 5).

Name / Vorname .....

Strasse .....

PLZ / Ort .....

Telefon .....

E-Mail .....

Unterschrift .....

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern
E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59

www.svp.ch

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Für Obwalden in den Nationalrat

Monika Rüegger

Kantonsrätin

Liebe Obwaldnerinnen, liebe Obwaldner

Politik ist meine Leidenschaft. Ich betreibe sie mit Freude und engagiert: Seit bald 10 Jahren im Kantonsrat, als Schulrätin von Engelberg und seit 2016 als Präsidentin der kantonalen SVP.

Ich bin motiviert und bereit für den nächsten Schritt, die nationale Politik. Gerne würde ich Sie und den Kanton Obwalden in Bern vertreten! Mit verlässlich bürgerlicher Politik.

Mein Fundament ist meine Familie, mein Antrieb unser schönes Land und seine Weiterentwicklung.

Ich stehe ein für eine fortschrittliche und weltoffene Schweiz. Dies unter Wahrung unserer Traditionen und Volksrechte. Die direkte Demokratie gehört dazu. Kein Volk weltweit hat so viele politische Mitwirkungsrechte wie wir.

Unseren Lebensraum so zu gestalten, wie wir es als gut und richtig erachten, ist eine Errungenschaft, die wir schützen müssen. Der Rahmenvertrag mit der EU und die Übernahme fremder Gesetze sind entschieden abzulehnen. Vielmehr sind die bilateralen Verträge fair und partnerschaftlich neu auszuhandeln.

Ich möchte auch künftig in einer Schweiz leben, die mit Ländern aller Kontinente wirtschaftlich gute und politisch stabile Beziehungen unterhält und sich nicht einseitig in gewagte EU-Abhängigkeit begibt: Vielseitigkeit vor Einseitigkeit!

Am 20. Oktober 2019 gilt es ernst. Ganz herzlichen Dank für Ihre Stimme und Ihre Unterstützung.

Ihre

Monika Rüegger

«Mit Leydäschaft und Vernunft für Obwaldä.»

Steckbrief

Persönlich
Monika Rüegger-Hurschler, Engelberg;
verheiratet mit Sandro Rüegger,
Mutter von vier Söhnen (14 bis 23 Jahre);
geboren 1968, 51-jährig

Ausbildung
dipl. Metallbauplanerin/Projektleiterin

Hobbies
Natur, wandern, klettern, Ski fahren, Golf spielen, Traditionen pflegen, Reisen, gemütliche Stunden mit der Familie, Zeit mit Freunden verbringen

Politik
Kantonsrätin Obwalden seit 2010
Schulrätin Engelberg seit 2011
Parteipräsidentin SVP Obwalden seit 2016
Ortsparteipräsidentin SVP Engelberg seit 2018
Mitglied div. Kommissionen im Kantonsrat:
u.a. Geschäfts- und Rechnungsprüfung, Bildung, Hochbauten, KESB, Tourismus, Zentralbahn, Finanzstrategie 2027+

Ziel
Wahl in den Nationalrat am 20. Oktober 2019.
Für eine unabhängige, weltoffene, wirtschaftlich gesunde und fortschrittliche Schweiz.

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

monika-rüegger.ch

«Das Leben für die Bürgerinnen und Bürger einfacher und besser machen»

Monika Rüegger ist die Nationalratskandidatin der SVP Obwalden. Auf den folgenden Seiten und in diesem Interview können Sie sie persönlich und in ihren politischen Standpunkten besser kennenlernen.

Monika Rüegger (51) Nationalratskandidatin

Monika, Du bist seit bald zehn Jahren im Kantonsrat Obwalden. Warum die Kandidatur für den Nationalrat, bist Du noch nicht «politmüde»?
Monika Rüegger: Die politische Arbeit hat mich von Anfang an gepackt und nicht mehr losgelassen. Ob im Schulrat von Engelberg, als Parteipräsidentin der SVP oder im Kantonsrat, Politik fasziniert mich. Ich bin keineswegs politmüde.

Was ist Dein Ziel?
Ich möchte das Leben der Bürger und Unternehmen besser und einfacher machen. Dieses Ziel künftig auf nationaler Ebene weiterzuverfolgen, ist ein nächster Schritt, der mich sehr motiviert.

Wie genau willst Du das Leben der Bürger und Unternehmen besser machen?
Indem ich mich für einen gesunden staatlichen Finanzhaushalt und eine geringe Steuerbelastung stark mache. Und indem ich mich gegen stets höhere Staatsausgaben, neue Gebühren, Abgaben, Vorschriften und zu viel Bürokratie einsetze. Es braucht wieder mehr Freiräume.

Kann man politisch wirklich etwas bewegen?
Natürlich. Allerdings ist es nicht immer einfach. Will man einer Idee zum Erfolg verhelfen, braucht es fundierte Vorbereitung, ein gutes Konzept, schlüssige Argumente und viel Ausdauer in der politischen Überzeugungsarbeit. Aber es lohnt sich.

Meine Familie: (v.r.n.l.) Lukas, Samuel, Matteo, mein Mann Sandro, Jonas, Monika

Hast Du ein Beispiel?
Ein Teil des Obwaldner Steuerpaketes 2027+ sah happige Steuererhöhungen vor. Man mutete dem Mittelstand, den KMU, aber auch vermögenden Personen viel zu. Die Regierung und mit ihr die übrigen Parteien winkten diese Steuererhöhungen erstaunlicherweise locker durch. Das konnten wir von der SVP nicht verstehen. Wir sind aus einer liberalen Überzeugung heraus gegen das Paket mit den Steuererhöhungen angetreten. Das Stimmvolk sah das auch so.

Der SVP wird oft vorgeworfen, sie politisiere aggressiv.
Wir benennen Probleme klar und deutlich. Das gefällt unseren politischen Mitbewerbern nicht. Man stellt uns darum gerne in die «aggressive Ecke». Andere politische Meinungen zu akzeptieren ist jedoch das Fundament für eine funktionierende Demokratie. Diese Akzeptanz schwindet leider zusehends. Für mich nehme ich in Anspruch, bei aller Differenz in der inhaltlichen Auseinandersetzung respektvoll und anständig mit dem politischen Gegenüber umzugehen.

«Die SVP hat sich 2018 als einzige Partei gegen happige Steueraufschläge beim Obwaldner Steuerpaket 2027+ gewehrt.»

Und was hältst Du vom SVP Apfelsujet?
Ich finde es geschmacklos.

Wie hat Deine Familie auf die Kandidatur reagiert?
Mein Mann und die Söhne waren früh in die Überlegungen involviert. Wir haben das Thema regelmässig am Familientisch besprochen. Im Fall einer Wahl muss das Leben schliesslich anders organisiert werden. Ich bin dankbar, dass mich die Familie voll unterstützt.

Wie hoch schätzt Du Deine Wahlchancen ein?
Wenn ich die Entwicklung des Wähleranteils der Obwaldner SVP betrachte, stimmt mich das positiv. Auch diverse Abstimmungsresultate zeigen, dass wir nah am Puls der Bevölkerung politisieren und relevante Themen aufgreifen. Am Schluss kommt es darauf an, wie die Kandidierenden inhaltlich und als Persönlichkeit überzeugen.

Entscheidet die Persönlichkeit?
Nicht nur. Es geht auch um Grundsätzliches. Die Wahlen werden zeigen, ob die Obwaldner nur von einer einzigen Partei, der CVP, in Bern vertreten sein möchten oder nicht.

Wie meinst Du das?
Das Schweizer Politmodell basiert auf Pluralität und Ausgleich, nicht auf Einseitigkeit. CVP-Mitglieder treten für den Ständerat und den Nationalrat an. Wir finden, in Bern sollten die politisch wichtigsten Strömungen vertreten sein. Vielseitigkeit vor Einseitigkeit.

«In Bern sollten die wichtigsten politischen Strömungen Obwaldens vertreten sein. Vielseitigkeit vor Einseitigkeit.»

Was heisst das konkret?
Es braucht wieder eine bürgerliche Obwaldner Stimme in Bern. Nur unter Einbezug der wichtigen politischen Lager gibt es tragfähige Lösungen. Mit der CVP im Ständerat und der SVP als bürgerlich ausgerichtete Partei im Nationalrat wäre das politische Obwalden ab 2020 in Bern wieder ausgewogen abgebildet.

Warum soll man Dich wählen?
Ich setze mich ein für unsere direkte Demokratie, Unabhängigkeit und Souveränität; für die «DNA» unseres Landes. Meine langjährige politische Erfahrung im Obwaldner Rat und in der Leitung einer kantonalen Partei ist sicher auch ein Vorteil im Hinblick auf die Aufgabe in Bern.

Weiter?
Ich politisiere bürgerlich-liberal und glaube an die Notwendigkeit eines sozialen Staates. Dieser soll jedoch effizient sein, steuerlich attraktiv und sich möglichst wenig in die Belange der Bürger einmischen. Er muss für die Wirtschaft beste Rahmenbedingungen schaffen und zu Ländern auf allen Kontinenten gute Beziehungen pflegen, zum Beispiel in Form attraktiver Freihandelsabkommen.

Hand aufs Herz. Bist Du von irgendwelchen Branchen oder Interessensvertretern abhängig?
Ich bin weder auf der Lohnliste einer Unternehmung, eines Verbandes, einer Branchenvertretung noch einer Lobbyorganisation.

Der Ruf nach Frauenkandidaturen ist in aller Munde. Spürst Du viel Unterstützung von Frauen?
Hmm – meine Erfahrung ist die, dass sich der laute Ruf nach Frauen rasend schnell verflüchtigt, wenn die Frau aus dem bürgerlichen Lager, noch schlimmer: von der SVP kommt (lacht). Gleichzeitig darf ich aber auf die wertvolle Unterstützung vieler mir wichtiger und toller Frauen zählen.

Wie reagieren die Menschen generell auf die Kandidatur?
Positiv. Ich bin viel unterwegs und erhalte Zuspruch aus unterschiedlichen Kreisen, parteiübergreifend.

«Die SVP Obwalden politisiert nah am Puls der Bevölkerung und greift die relevanten Themen auf.»

Woran liegt das Deiner Meinung nach?
Kürzlich hat mir ein Sarner Unternehmer gesagt, dass er mich wählen werde, obwohl er nicht SVP-Mitglied sei. Der verlässlich bürgerliche Kompass sei für ihn ausschlaggebend. Nur die SVP habe sich im Herbst 2018 konsequent gegen Steuererhöhungen ausgesprochen. Das rechne er uns hoch an.

Gibt es noch andere Gründe?
Ich höre von relativ vielen Leuten, dass sie in Bern politisch breit vertreten sein möchten. Die bürgerliche SVP als Ausgleich zur CVP wird als angemessen, weil konkordant, angeschaut.

Monika, was tust Du für uns Junge?
Wir haben vier Söhne im Alter von 14 bis 23 Jahren. Zwei sind voll berufstätig, der dritte ist in der Berufslehre, der vierte im Gymnasium. Das Thema AHV beschäftigt die junge Generation. Zu Recht. Die AHV ist eine grossartige Errungenschaft, aber bald nicht mehr finanzierbar. Eine Sanierung ist unumgänglich, wenn wir künftigen Generationen kein Desaster mit gigantischem Schuldenberg hinterlassen wollen. Ich werde mich für deine und künftige Generationen stark machen.

Die AHV ist wichtig, natürlich. Ich habe aber eher an das Thema Klima und Umweltschutz gedacht.
Ich bin in einem Bergbauernbetrieb aufgewachsen. Es ist für mich selbstverständlich, zur Umwelt Sorge zu tragen, dem Lebensraum respektvoll zu begegnen und keine Ressourcen zu verschwenden. Bei sich selber anfangen, eigenverantwortlich und mit Sinn für die Gemeinschaft und künftige Generationen handeln. Das ist meine Devise.

Konkret?
Das fängt an mit dem Kauf einheimischer Nahrungsmittel. Diese brauchen weniger Transportenergie, unterstützen unsere Wirtschaft und die produzierende Landwirtschaft. Ökologie und Ökonomie gehen Hand in Hand.

Wie hältst Du es mit dem EU-Rahmenabkommen?
Das Rahmenabkommen soll bekanntlich die Bilateralen ersetzen. Man will einzeln erfolgreich mit der EU verhandelte und funktionierende bilaterale Verträge gegen einen einzigen, alles regelnden Vertrag austauschen. Einfach, weil es der EU nicht mehr passt. Im Gegenzug verlieren wir unsere Souveränität. Dankeschön, aber da bin ich entschieden dagegen.

Viele sagen, ein einziges Abkommen mache alles einfacher.
Bedeutet einfacher automatisch besser? Nein. Ich bin dafür, dass die Bilateralen fortgeführt, neu ausgehandelt werden. Fair. Partnerschaftlich. Auf Augenhöhe. Ohne Drohungen. Die EU hat viel zu bieten, wir haben viel zu bieten. Warum nicht in bilateralen Einzelverträgen das jeweils Beste für beide Seiten herausholen? Warum sich einen einzigen grossen Vertrag über den Kopf stülpen lassen, der uns erst noch zwingt, EU-Recht zu übernehmen?

Hast Du gar kein Verständnis dafür?
Nein. Ich verstehe beim besten Willen nicht, warum EU-Politiker und andere Staaten besser wissen sollten, was besser ist für die Schweiz als wir selber. Sie wollen ihr Recht bei uns durchsetzen. Das geht doch nicht.

Das Interview führte Severin Wallimann, Präsident der jungen SVP Obwalden

KURZ UND BÜNDIG:

Bier oder Wein? Käse oder Dessert?
Wein und Käse.

Lieblingsessen?
Ich bin eine Alles-Esserin.

Kaffee oder Tee?
Ohne einen Kaffee am Morgen geht gar nichts!

Berge oder Meer?
Ich liebe das Meer, aber wenn ich entscheiden muss: Klar die Berge. Am liebsten mit einem schönen Bergsee.

Na gut, dann: Lungerer- oder Sarnersee?
Ein freundnachbarschaftlicher Kompromiss: Die Vier-Seen-Wanderung vom Trübsee zur Frutt. Sehr zu empfehlen!

Klassisch, Rock, Jazz oder Ländler?
Bei uns zuhause läuft immer Musik. Alles zu seiner Zeit.

Wer ist dein grösster Kritiker?
Politisch gesehen sind es mehrere Personen. Meine Familie. Meine SVP-Freundin Susanne Burch. Sie hat mir damals das politische Rüstzeug für den Kantonsrat beigebracht. Dafür bin ich ihr sehr dankbar.

Hast Du Haustiere?
Ja, wir haben zwei Katzen, Wuschel und Yussuf.

Wer bringt Dich zum Lachen?
Mein Mann.

Dein Medienkonsum?
Täglich die Obwaldner Zeitung, die NZZ, viele Newsportale. Alle Sonntagszeitungen, die Weltwoche, das aktuell, der Engelberger Anzeiger. Und Twitter, um an der Quelle zu sein.

Schwingen oder Golf?
Ein Bruder und drei Neffen waren Schwinger, das Schwingen ist mir daher nah. Ich war mit meinem Mann schon oft am Schwägalp-Schwinget und hatte dieses Jahr zum ersten Mal die Möglichkeit, als Zuschauerin am Brünig-Schwinget dabei zu sein. Es war fantastisch, obwohl es den ganzen Tag lang geregnet hatte. Ich liebe diese Volksfeste, das Ambiente, das Unkomplizierte, die Menschen, den hochstehenden Sport. Beim Golfen ist es die Kombination von schöner Natur und mentaler Auseinandersetzung mit sich selber, die mich fasziniert.

Titlis oder Brunni?
Der Titlis zum Skifahren, das Brunni zum Wandern. Eine ideale Kombination.

Landwirtschaft

Trotz massiver Bevölkerungszunahme u.a. infolge Zuwanderung (+1,4 Mio. Personen seit 1990) blieb der landwirtschaftliche Selbstversorgungsgrad stabil. Obschon uns die Landwirtschaft pro Kopf der Bevölkerung vergleichsweise wenig kostet, konnte sie ihre Produktivität signifikant steigern. Wir kriegen heute für weniger Geld mehr Ertrag als vor 30 Jahren.

Milchwirtschaft und Alpschweine in der Gerschnialp

Das Ausgabenwachstum der Landwirtschaft entwickelte sich gemessen an den anderen Aufgabengebieten, aber auch gemessen am gesamten Ausgabenwachstum des Bundes, unterdurchschnittlich. Seit 1990 stiegen die Ausgaben für die Landwirtschaft von 2,5 auf heute 3,7 Milliarden, das sind plus 44 % (siehe Grafik Bundesfinanzen, Seite 12).

Existenzen sichern

Obwohl unsere Bauern qualitativ hochwertige Lebensmittel produzieren, sind diese im Verhältnis zur Kaufkraft nirgends in Europa so günstig wie in der Schweiz. Gerade mal 6,4 % des Einkommens geben wir für Lebensmittel aus. Die Produzenten machen denn auch keine grossen Gewinne. «Wegen des Geldes musst du nicht Bauer werden!» Eine Aussage, die einen Schweizer Bauern mit durchschnittlich 60 Arbeitsstunden pro Woche nicht abschrecken darf. Sein Verdienst beträgt in den Talgebieten im Schnitt 62 300 Franken, in den Hügelregionen 44 900 Franken und in den Bergregionen gar nur 37 900 Franken pro Jahr. Die Senkung der Schweizer Lebensmittelpreise auf EU- oder gar auf Weltmarktpreisniveau bei gleichbleibenden Produktionskosten würde die Existenz sehr vieler Bauernfamilien gefährden. Billige Importprodukte sind unkontrolliert in ihrer Herstellung, sie entsprechen weder den hiesigen Anforderungen an die Tierhaltung noch den Produktionsstandards der Schweiz.

Rahmenabkommen ist gefährlich

Das Fundament unserer intakten, produzierenden Landwirtschaft ist fragil. Spätestens mit dem EU-Rahmenabkommen würde es erodieren. Eingriffe in die Landwirtschaft sind im aktuellen EU-Abkommenstext zwar ausgenommen. Doch die EU-Waffenrichtlinie hat gezeigt: Wenn es die EU für angezeigt erachtet, wird sie ihre Macht ausspielen. Vergessen wir nicht, europäisches Recht lässt keine staatlichen Unterstützungen wie Staatsgarantien oder Subventionen zu, die – aus Sicht der EU – im Handel mit den EU-Ländern marktverzerrend wirken können. Es ist eine Frage der Zeit, bis die EU ihr Recht auch in der Schweizer Landwirtschaft durchsetzen will. Ohne angemessenen Schutz der inländischen Nahrungsmittelproduktion kann eine produzierende Schweizer Landwirtschaft nicht überleben. Auch bei effizient wirtschaftenden Betrieben sind die Produktionskosten aufgrund der Topografie einerseits und des in der Schweiz höheren Kostenumfelds und der Qualitätsstandards klar höher als im Ausland.

Achtung vor radikalen Initiativen

Sorge bereitet den Schweizer Bauern der anhaltende Verlust von Kulturland. Das enorme Bevölkerungswachstum braucht neue Wohnungen und Strassen; zulasten von Landschaft und Landwirtschaft. Der geforderte Selbstversorgungsgrad für die Bevölkerung wird künftig, trotz steigender Produktion, schwer einzuhalten sein.
Die Initiativen «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» stehen quer in der Landschaft. Denn sie fordern, dass nur noch Landwirtschaftsbetriebe Direktzahlungen erhalten sollen, die auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln verzichten und ihre Tiere ausschliesslich mit betriebseigenem Futter versorgen können. Folge davon wären Ernteausfälle, mindere Qualität bei Landwirtschaftsprodukten oder die Ausbreitung von Krankheiten bei Pflanzenkulturen. Die Initiative würde die einheimische Produktion von Nahrungsmitteln praktisch verunmöglichen.

Konsumieren wir inländische Produkte, tun wir unserer Gesundheit Gutes und tragen zum Umweltschutz, zur Ökologie und zur Landschaftspflege bei.

Alpabfahrt Gerschnialp – Bösleh, Engelberg

Mein Standpunkt: Landwirtschaft

Mit Überzeugung setze ich mich ein für eine lebensfähige, produzierende Landwirtschaft – zur Existenzsicherung unserer Bauernfamilien. Der Natur, der Umwelt und den Konsumenten zuliebe.
(Berg-) Bauernbetriebe in einem Kanton wie Obwalden benötigen besondere Unterstützung, denn sie erhalten und pflegen wertvolles Kulturland, produzieren gesunde und sichere einheimische Landwirtschaftsprodukte und sorgen für schöne, intakte Landschaften.

Rahmenabkommen hat auch Folgen für uns

Ein Rahmenabkommen mit der EU würde nicht nur die schweizerische Unabhängigkeit und die direkte Demokratie aushebeln. Es hätte auch für den Kanton Obwalden weitreichende Folgen.

Das Wichtigste in Kürze (Quelle: Abkommenstext auf www.eda.admin.ch):

- **Mit dem Rahmenabkommen müsste die Schweiz Gesetze der EU übernehmen (Art. 5).**
- **Im Konfliktfall würde der EuGH (*) entscheiden (Art. 10).**
- **Dessen Urteile sind für die Schweiz verbindlich (Art. 10).**
- **Widersetzt sich die Schweiz, kann die EU Ausgleichsmassnahmen verhängen (Art. 10).**

*) EuGH = Europäischer Gerichtshof

Der Begriff «Ausgleichsmassnahmen» tönt harmlos, hat es aber in sich. Denn faktisch sind Ausgleichsmassnahmen Sanktionen, Bussen und Ähnliches. Die Schweiz würde für in den Augen der EU nicht EU-taugliches oder -konformes Verhalten abgestraft werden. Geht man so mit Vertragspartnern um?

Bild: © fotolia

Was passiert bei einem JA zum Rahmenabkommen mit der EU?

✓ Hilft den Export- und Importfirmen – erleichtert Zugang zum EU-Markt.

✗ Der Druck auf den Arbeitsmarkt nimmt weiter zu, ältere Arbeitnehmende werden durch jüngere, günstigere ausländische Arbeitskräfte aus den Jobs gedrängt.

✗ Die direkte Demokratie, das Mitbestimmungsrecht der Bürger, unsere politische Handlungsfreiheit werden ausgehebelt.

✗ Der Siedlungs- und Infrastrukturdruck, das Zubetonieren von Landschaften wird zunehmen. Enorme Infrastrukturkosten sind die Folge, der öffentliche und private Verkehr wird noch mehr zum Erliegen kommen; Staus, verspätete und übervolle Züge werden bald zur Tagesordnung gehören.

✗ Die Personenfreizügigkeit führt zu noch mehr Einwanderung in unsere Sozialwerke – Personen, die bisher nie in die Sozialwerke einbezahlt haben, profitieren von unseren grosszügigen Sozialleistungen.

✗ Die Schweiz muss EU-Recht übernehmen. Im Konfliktfall entscheidet der Europäische Gerichtshof. Wehrt sich die Schweiz, kann sie mit Ausgleichsmassnahmen (faktisch = Strafen/Sanktionen) belegt werden.

✗ Staatliche Unterstützungen und Staatsgarantien, die den internationalen Handel beeinträchtigen und den Wettbewerb verzerren können, werden verboten.

Mein Standpunkt: Schweiz und EU

Ich stehe ein für eine weltoffene und selbstbewusste Schweiz. Sie darf sich nicht einseitig an die EU ketten lassen. Unser Land soll weiterhin selber entscheiden, mit welchen Ländern oder Institutionen es kooperiert. Vielseitigkeit statt riskante EU-Einseitigkeit. Die Schweiz muss mit Ländern auf allen Kontinenten wirtschaftlich nutzbringende und freundschaftliche Beziehungen pflegen, die der Wirtschaft und uns Bürgern dienen und unseren Wohlstand sichern.

Obwalden: es steht viel auf dem Spiel

Öffentliche Gelder, die eine wirtschaftliche Institution unterstützen und zugleich den grenzüberschreitenden Handel vorteilhaft beeinflussen und den Wettbewerb verfälschen können, wären verboten. Betroffen wäre die OKB als Bank mit Staatsgarantie, das geplante Stromabkommen, die Landwirtschaft, Beteiligungen im Tourismus wie Fördermittel der neuen Regionalpolitik, Beteiligungen bei der iOW Standortpromotion Obwalden oder günstige Rahmenbedingungen bei Firmenansiedlungen. Die für Obwalden so wichtige kantonale Steuersouveränität würde mit dem Rahmenabkommen gefährdet und die EU hätte die Hoheit über unser kantonales Steuerrecht.

Steuersituation Obwalden 2019: Wie weiter?

Im Herbst 2018 hat das Obwaldner Volk mit fast 60 % Stimmanteil die Finanzstrategie 2027+ wuchtig abgelehnt. Es hat damit die Haltung der SVP unterstützt, die sich als einzige Partei gegen solch massive Steuererhöhungen wehrte.

Das Abstimmungsresultat führte dazu, dass sich alle politischen Akteure wieder auf Feld 1 begeben mussten. Es galt, einen Kompromiss zu finden, der dem Staat hilft, sein Defizit abzubauen – ohne die Bürger und Steuerzahler zu stark zu belasten.

Nach monatelangem Verhandeln liegt heute eine vertretbare Lösung vor, die von der SVP im Sinne des grossen Ganzen mitgetragen wird.

Welches sind die wesentlichen Elemente?

- Einigung auf eine moderate Anpassung der Kantonssteuer.
- Ein Drittel davon ist bis 2024 befristet – es gibt keine Steuern auf Vorrat.
- Die Vermögens- und Unternehmenssteuern werden nicht erhöht – ein klares Bekenntnis zur Obwaldner Tiefsteuerstrategie.
- Die Gemeinden erhalten neu die Möglichkeit, Steuerrabatte zu gewähren: Einwohner können von steuerlichen Rabatten profitieren.
- Mit diesem Paket bleibt der Kosten- und Spardruck auf die Ausgaben der öffentlichen Hand bestehen.

Unsere erfolgreiche Tiefsteuerstrategie muss beibehalten werden. Die Ausgaben des Staates dürfen nicht steigen, im Gegenteil. Die grössten Kostentreiber, wie die Gesundheitsversorgung oder die Sozialhilfekosten, müssen transparent offen gelegt und kritisch hinterfragt werden. Es braucht neue Lösungen.

Rathaus Sarnen

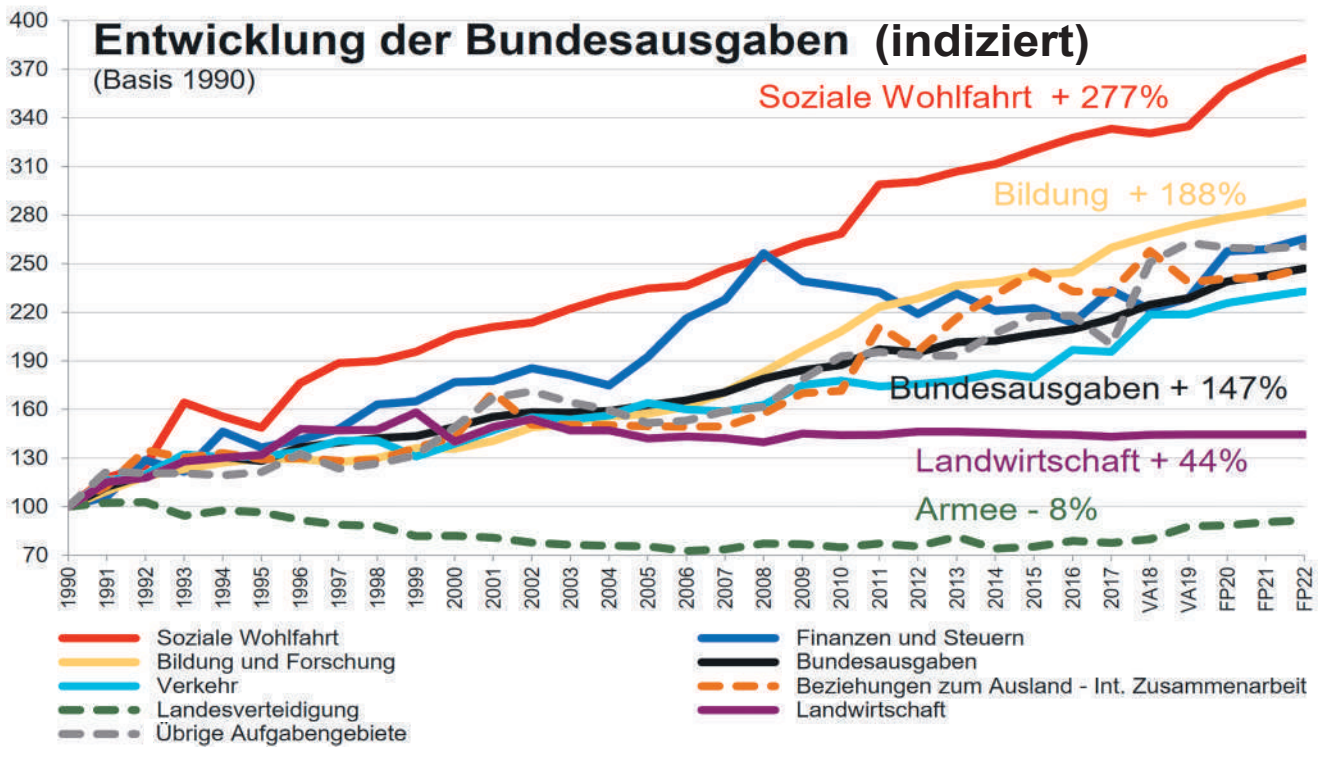
Mein Standpunkt: Steuern und Staatsausgaben

Dank der SVP Obwalden wurden im Herbst 2018 markante Steuererhöhungen abgelehnt. Die Abstimmung vom 22. September 2019 zur Finanzvorlage ist zwar ein schmerzlicher, aber notwendiger Kompromiss, um die Tiefsteuerstrategie langfristig aufrechterhalten zu können. Die Kantonssteuern werden nur moderat angepasst, Unternehmenssteuern und Vermögenssteuern gar nicht angetastet.
Grundsätzlich gilt es, bestehende und geplante neue Staatsausgaben laufend auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen und zu hinterfragen. Ich setze mich ein für einen steuerlich attraktiven und schlanken Staat. Dieser soll seinen sozialen Verpflichtungen nachkommen. Insbesondere gegenüber den wirklich Bedürftigen und Benachteiligten.

Staatshaushalt: Enorme Kostensteigerungen auf nationaler Ebene

Die Ausgaben im Bereich der sozialen Wohlfahrt (+277 %) sind innerhalb der letzten 30 Jahre förmlich explodiert und komplett aus dem Ruder gelaufen. Das Budget für die soziale Wohlfahrt liegt 2019 bei 23 Milliarden (!) Franken.
Dagegen fallen die Kosten für die Landwirtschaft (3.7 Milliarden) und für die Sicherheit (5.5 Milliarden) geradezu bescheiden aus.

Festzuhalten ist: Das Staatsbudget steigt unentwegt. Mehr Budget bedeutet Staatsausbau. Staatsausbau bedeutet mehr Eingriffe in das Leben der Bürger. Dieser vermehrten Einmischung muss Einhalt geboten werden – auf allen Ebenen.
Denn je mehr Leute direkt oder indirekt vom Staat profitieren, desto geringer ist deren Interesse, den Staat klein und effizient zu halten.



AHV und Reform

Die stark steigende Zahl an Rentnern führt in den nächsten Jahren dazu, dass die AHV deutlich mehr Geld ausgibt, als sie mit einzahlenden Berufstätigen einnimmt. Ohne Reformen ist die AHV-Kasse voraussichtlich 2030 leer.

Das Defizit wird 2020 die Milliardengrenze erreichen und danach stetig steigen. Bis 2025 wird das AHV-Vermögen um rund 10 Milliarden Franken schrumpfen. Das heutige Rentensystem und dessen Finanzierung sind mit der aktuellen Struktur nicht mehr zu bewältigen. Die demografischen Fakten und die wesentlich höhere Lebenserwartung von Männern und Frauen müssen endlich in die Reformpläne einfliessen. Die Zeit des «Durchwurstelns» ist endgültig vorbei.

- 1948: 100 aktiv Arbeitende finanzieren 15 Rentner – **Pro Rentner / 6.6 Beitragszahler**
- 2016: 100 aktiv Arbeitende finanzieren 29 Rentner – **Pro Rentner / 3.4 Beitragszahler**
- 2045: 100 aktiv Arbeitende finanzieren 50 Rentner – **Pro Rentner / 2.0 Beitragszahler**

Wie ist die AHV zu retten?

- Gleichberechtigung auch beim Rentenalter, das Referenzalter für Mann und Frau ist schrittweise auf 66 Jahre anzuheben, dabei Flexibilisierungen anbieten (Pensionierung zwischen 62–70 frei wählbar).

- Teil- statt Vollpensionierung. Der abrupte Ausstieg aus dem Arbeitsleben entspricht nicht dem Bedürfnis aller Menschen. Ein Umdenken ist angesagt: Ältere und erfahrene Mitarbeiter können ihr Know-how an Jüngere weitergeben, für Projekte engagiert werden, Teilzeit tätig sein.

- Steuergelder vermehrt den Schweizer Sozialwerken zuführen, Auslandhilfen reduzieren.

Mein Standpunkt: AHV

Die AHV ist eine grossartige Errungenschaft. Sie muss aber endlich der demografischen Realität angepasst werden: Die Menschen werden immer älter und beziehen darum immer länger Rente. Gleichzeitig gehen die Geburten zurück. Damit müssen immer weniger Arbeitstätige für immer mehr Rentner aufkommen. Diese Rechnung geht nicht mehr auf. Eine Sanierung ist unumgänglich, wenn wir unseren Kindern und künftigen Generationen eine funktionierende AHV hinterlassen wollen. Das Rentenalter muss schrittweise erhöht, den Lebenserwartungen und der demografischen Entwicklung – also der Realität – angepasst werden.

Bild: © fotolia

Wirtschaftsstandort Obwalden

Nahezu Vollbeschäftigung, schweizweit tiefste Arbeitslosigkeit, stark verankerte Berufslehrbildungen mit sehr gut ausgebildeten Arbeitskräften, funktionierende Sozialpartnerschaften, innovative und erfolgreiche KMU in allen Branchen: Der Wirtschaftsstandort Obwalden floriert.

Damit das so bleibt und der Wettbewerb spielen kann, sind die Unternehmen in Obwalden angewiesen auf einen liberalen Arbeitsmarkt, tiefe Steuersätze und unternehmerischen Freiraum bzw. weniger staatliche Vorschriften und Regulierungen.

Erfolgreiche und gesunde Obwaldner Unternehmen sind die Grundlage für Wachstum und Wohlstand. Sie erhalten und schaffen Arbeitsplätze, erzielen Gewinn, tätigen Investitionen und unterstützen mit Sach- oder Geldleistungen immer wieder wohltätige Organisationen, sportlich oder kulturell ausgerichtete Vereine sowie Anlässe aller Art. Sie nehmen auf vielen Ebenen ihre Verantwortung wahr.

Die SVP setzt weiterhin alles daran, den Obwaldner KMU optimale Rahmenbedingungen anzubieten und sie wo nur möglich zu unterstützen. Wohnen und arbeiten in Obwalden ist ein Privileg und Standortvorteil. Das gilt es zu erhalten.

Besichtigung der Schreinerei Rohrer, Sachseln: (v.l.n.r.) Bundespräsident Ueli Maurer / Ruedi Dillier / Monika Rüegger / Karl Rohrer

Mein Standpunkt: Wirtschaft

Mit Überzeugung setze ich mich für unsere Wirtschaft, für die KMU – für Industrie, Gewerbe, Handel, Tourismus und Landwirtschaft ein. Die Wirtschaft schafft Arbeitsplätze und Investitionen, Wachstum und Wohlstand. Sie ist das Fundament für die Steueraufkommen.
Die Wirtschaft benötigt erstklassige Rahmenbedingungen, sie braucht ein steuerlich günstiges, wettbewerbsfähiges Umfeld. Sie ist auf liberale Arbeitsmarktregelungen angewiesen. Sie muss von unnötigen und stets neuen Regulierungen, Abgaben und von zu viel Bürokratie entlastet werden.

Am 20. Oktober 2019: Monika Rüegger in den Nationalrat

Kanton Obwalden

WAHLZETTEL

Nationalratswahlen vom 20. Oktober 2019

MUSTER

(Bitte ankreuzen)

☒ **Rüegger Monika**, 1968,
Metallbauplanerin, Engelberg (SVP Obwalden)

Kreuzen Sie handschriftlich das Feld ☒ von Rüegger Monika an.

Die bürgerliche Politik der SVP Obwalden entspricht mir. Gerne werde ich ab sofort Mitglied. Bitte stellen Sie mir die Unterlagen zu (Zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzelmitglied**, 50.– Franken pro Jahr
☐ **Paarmitglied**, 80.– Franken pro Jahr
☐ **Einzelmitglied junge SVP Obwalden**, 20.– Franken pro Jahr

Bitte ausschneiden und einsenden an:
SVP Obwalden, Postfach 1512, 6061 Sarnen

Vorname: .....

Name: .....

Adresse: .....

PLZ/Ort: .....

Email: .....

Unterschrift: .....

Oder elektronisch: Email an **info@svp-ow.ch**

SVP

Junge wählen Monika Rüegger

Für viele Jugendliche und junge Erwachsene scheint im Moment der Klima- und Umweltschutz an erster Stelle zu stehen. Angesichts dieser grünen Welle gehen andere wichtige Themen unter, zum Beispiel die Altersvorsorge oder die Unabhängigkeit unseres Landes.

Für uns ist eines klar: Jeder Grüne, der ins Parlament gewählt wird, ist ein Politiker mehr, der sich für höhere Steuern und Abgaben, mehr Auflagen und Vorschriften, mehr Staat und weniger Eigenverantwortung einsetzt. Damit verlieren wir alle, weil dies unserer Wirtschaft massiv schadet. Es geht dabei bei weitem nicht nur um Abgaben für den Umweltschutz, welche unter Umständen durchaus sinnvoll und vertretbar sein können.

Aber jeder grüne Politiker wird auch eine rote Agenda verfolgen, und damit wichtige Bestandteile des Schweizer Erfolgsmodells, wie die wirtschaftliche Freiheit oder unsere Unabhängigkeit von der europäischen Union, in Frage stellen.

Pragmatisch und engagiert

Deshalb wählen wir viel lieber unsere «SVP-grüne» Nationalratskandidatin Monika Rüegger. Mit ihrer bodenständigen Art kennt sie die Anliegen der Obwaldner Bevölkerung. Schon vor mehr als einem Jahr hat sie mit ihrer Forderung, die Plastiksammelstelle in Engelberg wieder einzuführen, bewiesen, dass sie auch für Umweltanliegen ein offenes Ohr hat und pragmatische Massnahmen ohne ideologische Scheuklappen engagiert unterstützt.

Konsequent für die Schweiz

Vor allem aber wird sich Monika unermüdlich für die Unabhängigkeit und Freiheit unseres Landes und für unsere Schweizer Werte einsetzen. Monika Rüegger ist die einzige Obwaldner Kandidatin, welche dem Rahmenvertrag mit der EU nie zustimmen wird. Monika Rüegger ist auch die einzige Kandidatin, welche sich für eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung einsetzt, die eigentlich durch die Verfassung vorgeschrieben ist.

Erfahren und kompetent

Wir durften Monika Rüegger in den letzten Jahren als herzliche, fleissige und kompetente Person kennenlernen. Wenn sich Monika etwas vorgenommen hat, dann zieht sie es durch. Deshalb sind wir überzeugt, dass Monika mit ihrem Durchsetzungsvermögen und ihrer langjährigen politischen Erfahrung für Obwalden viel bewirken kann.
Aus diesen Gründen empfehlen wir, Monika Rüegger als erste Frau für Obwalden in den Nationalrat zu wählen!

Vorstand der Jungen SVP Obwalden

Wir wählen Monika Rüegger, weil sie …

- bodenständig und im Kanton Obwalden stark verwurzelt ist;
- die Anliegen der Obwaldner Bevölkerung kennt und sich unermüdlich für diese einsetzen wird;
- Rückgrat hat und verlässlich bürgerlich politisiert;
- sich konsequent für die Unabhängigkeit unseres Landes einsetzen wird;
- langjährige politische Erfahrung als Parteipräsidentin und Kantonsrätin hat;
- die einzige Kandidatin ist und die erste Frau wäre, welche den Kanton Obwalden im Nationalrat vertritt, gleichzeitig aber aufgrund ihres überzeugenden Leistungsausweises den Frauenbonus gar nicht braucht;
- eine Frau fürs Volk ist!

Nils Abächerli (Vize, JSVP OW)

Vorstand der JSVP Obwalden: v.l.n.r. Nils Abächerli, Raphael Herzog, Severin Wallimann (Präsident)

Severin Wallimann (Präsident, JSVP OW)

Obwaldner Persönlichkeiten empfehlen Monika Rüegger zur Wahl

«Monika überzeugt einerseits als herzliche und geerdete Persönlichkeit, andererseits als engagierte, sehr erfahrene und kompetente Politikerin. Sie ist eine herausragende Kandidatin für den Nationalrat.»

Susanne Burch, Richterin Verwaltungsgericht, Bäuerin FA
Stalden

«Weil sie kompetent, dossierfest und politisch erfahren ist. Ein sehr überzeugendes Profil für Bern.»

Ivo Herzog, Fraktionspräsident SVP Obwalden,
Inhaber und Co-Geschäftsführer Herzog Marinecenter AG
Alpnachstad

«Herzlich, offen, engagiert – Monika Rüegger ist eine ausgezeichnete Wahl. Endlich eine Frau für den Nationalrat.»

Trudy Bucher
Kerns

«Als Tourismusunternehmer bin ich froh um eine Nationalrätin, die das Tourismusgeschäft versteht und in Bern engagiert und mit strategischer Weitsicht vertreten wird.»

Hans Bünter, Verwaltungsratspräsident Eienwäldli AG
Engelberg

«Ich wähle Monika, weil sie bedingungslos für die direkte Demokratie und eine unabhängige Schweiz einsteht.»

Louise Imfeld
Lungern

«Monika Rüegger hat sich während neun Jahren im Kantonsrat einen beachtlichen Leistungsnachweis erarbeitet und bewiesen, dass sie engagiert und erfolgreich politisiert. Es ist Zeit für eine weibliche Vertretung Obwaldens in Bern».

Dr. Hans Hess, alt Ständerat
Sarnen

«Weil sie für das Obwaldner Gewerbe einsteht. Weil sie uns KMU und Handwerker versteht.»

Karl Rohrer, Unternehmer, Karl Rohrer AG,
Sachseln

«Ich wähle Monika Rüegger, weil sie die Frauen in der Politik bestärkt, erfahren und erfolgreich ist. Zudem steht sie ein für die Anliegen künftiger Generationen. Eine super Wahl für Obwalden.»

Jessica Rast, Fachangestellte Liegenschaften,
Einwohnergemeinde Sarnen

«Monika steht ein für eine gute und bürgernahe Altersvorsorge – und sie hat das Wohl künftiger Generationen im Auge.»

Bärti Sigrist, Kantonsrat,
Stiftungsratspräsident Betagtensiedlung dr Heimä
Giswil

«Auf eidgenössischer Ebene braucht es erfahrene Politiker, die die Politmechanismen verstehen. Monika Rüegger hat diese Kompetenz. Sie wird sich im Nationalrat mit verlässlich bürgerlicher Politik und viel Engagement für Obwalden einsetzen. Sie ist eine ausgezeichnete Kandidatin.»

Beat von Deschwanden, Betriebsleiter Sportbahnen Melchsee-Frutt
Kerns

«Das Herz auf dem rechten Fleck – und viel Sachverstand. Die richtige Wahl für Obwalden.»

Severin Wallimann,
Präsident Junge SVP Obwalden,
Student Maschinenbau
Alpnach

«Ich wähle Monika, weil sie weiss, wie wichtig eine intakte Landschaft für einen prosperierenden Tourismus ist.»

Martin Odermatt, alt Talammann, Unternehmer
Engelberg

Das Richtige tun in der Asyl- und Entwicklungshilfe (am Beispiel von Afrika)

Die Schweiz hat eine humanitäre Tradition. Sie nimmt Menschen auf, die an Leib und Leben bedroht sind. Die klare Abgrenzung zwischen Asyl- und Migrationspolitik verwässert jedoch zunehmend.

Bild: © fotolia

Zehntausende von Wirtschaftsflüchtlingen – weder an Leib noch an Leben bedroht – wanderten in den letzten Jahren in die Schweiz ein. Mit erheblichen Folgen. Für die Schweiz und die Herkunftsländer.

Enorme Kosten

Allein auf Bundesebene wird bis 2022 für das Asylwesen mit jährlichen Kosten von über 1.4 Milliarden Franken gerechnet. Eine Kostensteigerung von über 57 % seit 2014. Für die Sozialhilfe, also die finanzielle Unterstützung von Flüchtlingen, sind nach fünf bis sieben Jahren die Kantone und Gemeinden zuständig. Zur Sozialhilfe gehören auch Folgekosten für Schulen, Heilpädagogik, Sozialarbeiter, Infrastruktur, Betreuungsplätze, Polizei, Gerichte, damit zusammenhängende Dolmetscherdienste usw.
Menschen aus Entwicklungsländern lassen sich bei uns oft nur schwer oder gar nicht integrieren. Das Thema Migration muss in den Herkunftsländern gelöst werden.

Neue Wege gehen

Der Bund will von 2021 bis 2024 dafür über 11 Milliarden ausgeben. Entwicklungszusammenarbeit und Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort sind ein möglicher Weg. Das Rückführen abgewiesener und krimineller Migranten muss parallel sehr konsequent erfolgen. Übrigens, in der Schweiz kostet ein arbeitsloser Wirtschaftsmigrant monatlich (!) gleich viel wie das jährliche Schulgeld für 15 Schulkinder in Ghana (Westafrika).

Selbst afrikanische Politiker wie die neue Präsidentin von Äthiopien, Sahle-Work Zewde, appellieren an Europas falsch verstandene Hilfe: «Macht Schluss mit eurer Politik der offenen Grenzen».

Fakten und Herausforderungen

- Afrika verliert seine Jugend, bräuchte sie aber dringend für den Aufbau des Kontinentes.
- Solange wir bei Wirtschaftsmigranten Hoffnung auf ein besseres Leben wecken, sind wir für das Schicksal der allein zurückgelassenen Frauen und Kinder genauso verantwortlich wie für deren Männer, die ihr Glück in Europa suchen.
- Der kriminelle Menschenschmuggel nimmt rasant zu.
- Misshandlungen, Folter und Vergewaltigungen an Migranten sind an der Tagesordnung.
- Offene Grenzen laden zu illegaler Migration ein.
- Eine Reise nach Europa kostet 3000 bis 7000 Franken; die wirklich Bedürftigen, die Ärmsten der Armen kommen nie nach Europa.
- Parallelgesellschaften durch Diaspora-Gemeinschaften nehmen rasch zu.
- Anpassung und Integration in unsere abendländische Kultur nehmen ab.
- Integration in den hiesigen Arbeitsmarkt durch niederschwellige Tätigkeiten wird zunehmend schwieriger – Digitalisierung und Automatisierung sind im Vormarsch.

Fotos: Monika Rüegger – Ghana 2018, Alltag in Afrika: Plastikwanne, Trinkwasser-Beutel

Getrennte Plastik-sammlung in Engelberg: die SVP will das Volk entscheiden lassen

Die Gemeinden sind für die Entsorgung von Haushaltabfällen zuständig. Die Einwohnergemeinde Engelberg zeigte sich 15 Jahre lang mit einer separaten Kunststoff- und Plastiksammlung besonders vorbildlich. Damit ist seit Frühling 2018 jedoch Schluss. Gemäss Einwohnergemeinde mangels potenzieller Abnehmer von Plastikgut. Für die SVP Engelberg ein ökologischer Rückschritt. Sie reichte deshalb eine Initiative ein, die die umgehende Wiedereinführung der separaten Plastiksammlung verlangt. Ein Gespräch mit Monika Rüegger, die das Begehren mitinitiiert hat.

Monika Rüegger, warum kann die SVP den Entscheid der Gemeinde nicht nachvollziehen?
Monika Rüegger: Bisher konnten im Werkhof Wyden alle Abfallstoffe unter einem Dach entsorgt werden. Effizient, ökologisch, praktisch. Nun soll der Plastik über den herkömmlichen Abfallsack in die Kehrichtverbrennung gehen oder man bringt ihn zurück zum Detailhändler. Das ist schwer verständlich.

Warum handelte die Gemeinde so?
Sie befindet sich mit dem Entsorgungszweckverband Obwalden wohl in einem engen vertraglichen Korsett. Der Entsorgungszweckverband hat das Monopol auf sämtlichen Haushaltabfall. Die Einwohnergemeinde gibt die Verantwortung ab, ohne nach innovativen Lösungen zu suchen, um das Recycling von Kunststoffen zu fördern oder anderen Abnehmern anzubieten. Verträge können aber angepasst oder gekündigt werden. Wir finden, die Gemeinde hat es sich hier etwas einfach gemacht.

Ist für Sie der Plastik bei der KVA Kehrichtverbrennungsanlage nicht in den richtigen Händen?
Als liberal denkender Mensch bin ich wettbewerbsorientiert. Ob es die KVA, die Zementindustrie oder die Weiterverarbeitungsindustrie ist: die beste – in diesem Fall die ökologischste und effizienteste – Lösung soll sich durchsetzen. Klar ist, dass Plastik für die KVA oder die Zementindustrie ein wertvoller zusätzlicher Brennstoff ist, ein purer Energieträger. Die überschüssige Abwärme gelangt als Fernwärme ins öffentliche Netz oder wandelt die Wärme in Strom um.

Das ist doch positiv.
Nun ja. Durch die Monopolstellung des Entsorgungszweckverbands Obwalden wird der Markt für Energieträger wie Plastik reguliert. Plastik als wiederverwendbarer Energieträger oder als Recyclingprodukt steht anderen Branchen kaum zur Verfügung. Diese müssen Plastik sogar teuer aus dem Ausland importieren. Das ist ökologisch unvernünftig.

Gemäss der Gemeinde gibt es aber keine Abnehmer.
Meine Recherchen zeigen, dass das nicht stimmt. Es gibt Abnehmer. In anderen Teilen der Schweiz klappt es schliesslich auch. Nebst der Zementindustrie gibt es die Recyclingindustrie, die aus altem Plastik neue Gegenstände und Industrie-Produkte herstellt, zum Beispiel Plastikrohre, Spritzgussteile, Abfallsäcke oder Gartenmöbel – made in Switzerland.

Wieviel «made in Switzerland» ist da wirklich drin?
Das hochwertige Kunststoff-Plastikgut wird hier gewaschen, verlesen und zu hochwertigen Kunststoff-Regranulaten verarbeitet. Daraus werden ebenfalls in der Schweiz neue Industrie-Produkte hergestellt. Das sichert Arbeitsplätze und bringt uns technologischen Fortschritt.
Übrigens, Recycling-Kunststoffe benötigen in der Herstellung 50 % weniger Energie als neue Kunststoffe. Die positive Ökobilanz ist offensichtlich.

Ist jeder Plastik wieder verwertbar?
Ja, die Zementindustrie beispielsweise nutzt minderwertige Kunststoffe oder Fremdstoffe als Brennstoff zur Herstellung von Baustoffen wie Beton beziehungsweise Zement. Kunststoffabfälle haben einen hohen Brennwert und ersetzten heiztechnisch fossile Brennstoffe. Die daraus entstandene Abwärme wird wieder zu Strom. Es profitieren also die einheimische Baubranche, die Energiebranche und die Industrie. Der Kreislauf schliesst sich. Was will man mehr? Ökologie und Ökonomie gehen Hand in Hand.

Ist es nicht so, dass sich das Problem der weltweiten Plastikberge mit harten Verboten und Sanktionen auch lösen liesse?
Ich glaube nicht. Der Plastik wird heute zu Unrecht total «verteufelt». Plastik hat zum Beispiel in unterentwickelten Ländern grossen gesundheitlichen und ökonomischen Fortschritt gebracht. Dank Plastikbehältern und -tüten gibt es auch für die Ärmsten Zugang zu sauberem Wasser. Ich habe das auf Reisen in Pakistan, Indien und letztes Jahr in Afrika selber erlebt. Was unterentwickelten Ländern fehlt sind die Ideen und die technischen Möglichkeiten zur Weiterverwertung der Plastikabfälle. Das ist ein Problem. Da sind wir gefragt. Wir haben das Wissen, die nötigen Ideen und die Technik. Hier können wir sinnvoll helfen.

Was glauben Sie, wie fällt die «Engelberger Plastik»-Abstimmung am 20. Oktober aus?
Ich erhalte viele positive Rückmeldungen. Die Aufhebung der separaten Plastiksammlung hat viel Unverständnis ausgelöst. Ich bin daher zuversichtlich und hoffe, dass die Engelberger umweltbewusst entscheiden und sich deutlich für die Wiedereinführung der Plastiksammelstelle aussprechen. So oder so. Dass die Stimmbevölkerung entscheiden kann, ist in jedem Fall positiv. Das ist gelebte direkte Demokratie.

Volksabstimmung vom 20. Oktober 2019 zur Wiedereinführung der Plastiksammlung in Engelberg.

JA ✍

Das Stimmvolk der Gemeinde Engelberg stimmt am 20. Oktober 2019 über die Initiative der SVP-Engelberg zur «Wiedereinführung der Plastiksammelstelle Wyden» ab. **Die SVP Engelberg empfiehlt ein JA**

Bild: © fotolia

Mein Standpunkt: **Umweltschutz**

Für einen wirksamen, überzeugt gelebten Umweltschutz – nicht anmassend und weltverbessernd mit schönen Worten, sondern mit Taten: massvoll und konkret umsetzbar. Es ist für mich selbstverständlich, dass wir zu unserer Umwelt Sorge tragen, unserem Lebensraum respektvoll begegnen und keine Ressourcen verschwenden. Wer wirklich etwas für das Klima und die Umwelt tun will, fängt konsequenterweise bei sich zu Hause an.

Familien- und Bildungspolitik

Neue Schul-, Arbeits- und Betreuungsmodelle sind Abbild der sich verändernden Gesellschaft. Sich dem Wandel anzupassen, ist sinnvoll. Aber bitte mit gesundem Menschenverstand.

Gesellschaftlicher Wandel darf nicht bedeuten, dass das klassische Familienmodell an Wertschätzung verliert und belächelt wird. Ich habe grössten Respekt vor allen Eltern, die ihr Leben und das ihrer Kinder selber und eigenverantwortlich organisieren.

Bildung
Umfassende Bildung ist die Basis für einen erfolgreichen beruflichen Werdegang. Sie beginnt mit fundierter Wissensvermittlung in den Hauptfächern Rechnen und Deutsch, ergänzt um Fremdsprachen und Nebenfächer. Laufend neuen pädagogischen Experimenten an Klassen und Schulkindern muss mit grosser Skepsis begegnet werden. Davon gab es in den letzten Jahren zu viele. Nicht zum Vorteil der Schüler. Darum: Weniger Konzepte, mehr Wissen. Lehrpersonen müssen von administrativem Ballast befreit werden und den Unterricht – nach klaren Zielvorgaben – wieder vermehrt eigenverantwortlich selber gestalten können.

Bildung
Mein Standpunkt:

Ich stehe zu unserer bewährten dualen Bildungspolitik und werde mich vor allem auch dafür einsetzen, dass die klassische Berufslehre gegenüber der gymnasialen Ausbildung mit anschliessendem Studium weder finanziell noch qualitativ benachteiligt wird.

Bild: © fotolia